

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements - Preis: pränumerando Vierteljährlich 3.00 RM., monatlich 1.00 RM., wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.00 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich - Ungarn 2.00 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1876.

**Die Inserions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Inserate und Veranlassungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Buchst. Wort 20 Pf., (zweiwöchentlich fertige Buchst. Wort) jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 25. Juli 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Der Kampf des rumänischen Proletariats für den Frieden.

L.

Von einem rumänischen Genossen wird uns geschrieben: Der russische Einfall in Rumänien bei Mamorniza war für die rumänische sozialdemokratische Partei und für die Generalkommission der Gewerkschaften das Signal für den Beginn einer neuen umfangreichen und energiegelassen Aktion gegen den Krieg und die Kriegsheher aller Farben. Seit Beginn des Weltkrieges hat unsere Partei und die organisierte Arbeiterschaft, die einzigen Stützen des Friedens und der Neutralität Rumäniens, gegen die Treibereien der Interventionisten zu kämpfen. Gleichzeitig aber hat die Arbeiterklasse auch einen harten, schweren Kampf gegen die Lebensmittelteuerung zu führen. Die Lebensmittelpreise sind schon gleich bei Kriegsausbruch gestiegen und seither immer mehr in die Höhe gegangen. Das war nicht allein und nicht einmal in der Hauptsache auf die direkte Kriegswirkung, sondern auf spekulative Operationen der Agrarier und der Lebensmittelhändler unter wohlwollender Begünstigung seitens der Behörden, zurückzuführen. Die Teuerung wuchs aber zu einer Notlage an, als die Grenzen für die Lebensmittelausfuhr nach Oesterreich, Deutschland, Bulgarien und der Türkei geöffnet wurden. Infolge der getroffenen Abmachungen sollten diejenigen Lebensmittel und in denjenigen Mengen zur Ausfuhr gelangen, die der innere Markt entbehren konnte. Die Auslegung des Begriffs der Entbehrlichkeit für den inneren Markt wurde aber einig und allein den Produzenten und den Exporteuren überlassen. Dem Profitgier, der rücksichtslosen Preistreiber, der unerschämtesten Spekulation ward Tür und Tor geöffnet. Der innere Markt war bald für die wichtigsten Lebensmittel gesperrt. Alles war als „überflüssig“ und „entbehrlich“ an die Grenze geschafft. Diese verstärkte Ausfuhr hatte nicht nur die für den inneren Markt unentbehrlichsten Lebensmittel auf ein Minimum reduziert, sondern auch deren Preise gewaltig in die Höhe getrieben, so daß sie nur noch für die reicheren Bevölkerungsklassen erträglich waren. Auf dem Lande aber und in den Arbeitervierteln der Industriestädte sowie in den kleineren Städten mit überwiegend Handwerker- und Kleinhandlervolk war die Hungersnot zu Hause. Die Not und zugleich die Erbitterung in diesen ärmeren Schichten der Bevölkerung nahm ungewöhnliche Dimensionen an. Die Erbitterung wuchs noch mehr, als bekannt wurde, daß außer den oben geschilderten Ursachen umfangreiche Bestellungen von behördlichen Organen und Schmuggel das ihrige beitrugen, die schwere Lebensmittelnot noch unerträglich zu gestalten. Diese Anomalie, ein friedliches Agrarland von den Hungerchrethnissen des Krieges heimgeführt, stimmte viele sonst friedliche und am Kriege direkt nicht interessierte Schichten der Bevölkerung, die aber nicht den urfälligen Zusammenhang zwischen dem Weltkrieg und der Lebensmittelnot im eigenen Lande erkannten, für die Kriegsparteien. Diese nützten selbstverständlich diese Stimmung nach Kräften aus, indem sie die Lösung ausgaben: Lieber ein Ende mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende! Das Einleiten der neuen russischen Offensive in der Bukowina ließ nicht nur für die Kriegsheher, sondern auch für diese Elemente die Hoffnung auf einen günstigen Ausgang eines kriegerischen Unternehmens erwachen, das dem jetzigen unerträglichen Zustand ein Ende setzen würde.

Wirtschaftliche, politische, psychische Momente gefüllten sich also zusammen, um das Land in die Katastrophe zu jagen. Die russische Verletzung der rumänischen Neutralität sollte nur das äußere Zeichen für den Beginn dieses Totentanzes sein. Es kam aber alles anders, als sich die Jonescus und Filipescus dachten. Sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Die sozialdemokratische Partei und die Arbeiterklasse erschienen auf dem Kampfplatz und gaben gegen die Kriegsheher die Lösung aus: Krieg dem Kriege, Krieg gegen die Lebensmittel- und Kriegshehen! Eingedenk ihrer Aufgabe, den Frieden mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu retten, organisierten sie rasch im ganzen Lande, in allen größeren und kleineren Arbeiterzentren von dem nördlichsten Zipfel der Moldau bis zur Dobrußja und zum Eisernen Tor eine Reihe von gewaltigen Protestkundgebungen gegen die Lebensmittelnot und gegen die Kriegsgefahr. Erbitterter Kampf bis zum äußersten wurde beiden Volkseindern angelegt. Ein ganzer Stab von Rednern wanderte von Stadt zu Stadt und verkündete dem Volke den festen Entschluß der Partei, für den Frieden zu kämpfen. Ueberall ernteten sie bei den Massen den größten Beifall. Seit dem 13. Juni, dem Tage des russischen Einbruchs, verging kein Tag, wo nicht gleichzeitig in mehreren Städten Kundgebungen der Sozialdemokratie gegen den Krieg und gegen die Lebensmittelnot stattfanden. — Besonders in der Hauptstadt, in Bukarest, in den Gasenstädten Galatz und Braila, sowie in der Industriestadt Ploesti fanden tägliche Kundgebungen statt. Dort, wo die Behörden die Versammlungslokale sperrierten, wurden die Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten, was diese noch imposanter gestaltete. Große Menschenmassen zogen in Bukarest nach Ende der Versammlungen durch die Straßen

und protestierten durch laute Kundgebungen gegen die Willkür der Kriegsheher und gegen die Lebensmittelpolitik der Regierung. Stürmische Demonstrationen fanden vor den politischen Klubs der Takisten und Filipescisten, vor den Redaktionen der künftigen Presse wie auch vor den Eichen der auswärtigen Kriegsheher statt. Trotz der großen Erregung der Demonstranten und den gewaltigen Menschenmassen, die die Unzüge veranstalteten, herrschte durch die Disziplin der Massen und die eigene Ordnungspolizei unterstützt, die musterhafteste Ordnung. Nirgends fanden Ausschreitungen statt, und nirgends fanden Polizei oder Militär Anlaß zum Einschreiten. Nur die Scheiben der Redaktionen der Zeitungen „Adeverul“, „Dimineata“ und „Univerul“ fielen der Volkserregung zum Opfer.

Zwei Wochen lang dauerten diese Friedenskundgebungen des Volkes. Es waren erhabene Tage in dieser schweren Zeit, die nicht nur in der Geschichte der rumänischen Partei, sondern auch des Landes unvergänglich bleiben werden. Sie wirkten läuternd, wie ein Gewittersturm in der nunmehr beinahe zwei Jahre währenden schwülen, verpesteten politischen Atmosphäre des Landes. Nun vernahm nicht nur die rumänische, sondern auch die russische Regierung den eisernen Willen des Volkes, den Frieden mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu retten, als plötzlich in diesen Sturm der Volkserregung der Blitz von Galatz einschlug.

Was in Galatz geschah, ist der reinste Klassenmord. Eine Falle, die die Kriegsheher und die Lebensmittelspekulanten, bedroht durch den Kampf der Arbeiterklasse und gestützt auf die stillschweigende Zustimmung der Regierung, mit Hilfe der Galatzer Zivil- und Militärbehörden der Arbeiterklasse stellten. Der Anlaß zu dem Blutbad ist charakteristisch nicht nur für die Indolenz der Regierung gegenüber der Ernährungsnot des Volkes, sondern auch für ihre Provokationspolitik gegenüber der Arbeiterklasse. Alles spricht dafür, daß dieser feige Mord vorbedacht war und daß es in der Absicht der Regierungsorgane lag, einen Aderlaß für die Arbeiterklasse herbeizuführen. Die wachsende Friedensbewegung der Arbeiterklasse unter Führung der Sozialdemokratie sollte durch Gewaltmittel erstickt werden. Die Auslage des jungen Offiziers, der die Füllkade in Galatz leitete, beweist auch, daß die Regierung Vratianus sich bei dieser Gelegenheit auch des wackeren Führers der rumänischen Sozialdemokratie, des Genossen Dr. Rakowski, der den Kampf der Arbeiterklasse befeuerte, durch einen inszenierten Mord entledigen wollte. (z)

## Vom U-Bootkrieg und vom Furor teutonicus.

Der bekannte Gelehrte Professor W. Kernst ist kürzlich in der konservativen Presse heftig angegriffen worden, weil er in einem Vortrag Zweifel über die Möglichkeit eines wirklichen U-Bootkrieges gegen England zu äußern wagte. Jetzt schreibt er in der Julinummer der „Internationalen Monatschrift“ in ähnlichem Sinne:

„Freilich, auch die Dämme der Technik wachsen nicht in den Himmel, Unmögliches darf man von ihr nicht verlangen. Eine unmögliche Leistung aber scheint es mir, jetzt im Kriege, sozusagen über Nacht, eine Unterseebootsflotte neben den dazugehörigen Betriebsmitteln von dem gewaltigen Umfange zu schaffen, wie es erforderlich wäre, um unwalzend, aber auch wirklich unwalzend, in den Verlauf des Krieges einzugreifen. Wir alle wissen, daß derartige Hoffnungen von mehreren Seiten ständig im Volke genährt werden, aber ich muß bezweifeln, daß hier genügend sachmännisches Wissen dahintersteht, wenigstens habe ich noch niemand gefunden, dem ich auf Grund seiner Ausbildung und Erfahrung in dieser hervorragenden technischen Frage ein sicheres Urteil zuschreiben dürfte und der die obige Auffassung nicht geteilt hätte. Es scheint bedenklich, auch wenn es in wohlmeinendster Absicht geschieht, derartige Illusionen im Volke zu erwecken, und wir haben es ja auch wahrhaftig nicht nötig, irgendwelchen Phantasiegebilden nachzujagen, während wir doch angesichts der fortlaufenden Erfolge von Landheer und Marine den ungeheuren Kampfmitteln des Feindes gegenüber an der Wirklichkeit uns vollauf erbauen können.“

Gegen diese Äußerungen wendet sich in temperamentvoller Weise Admiral z. D. v. Grapow in der „Kreuzzeitung“, wo er u. a. schreibt:

„Technisch ist die Ansicht des Herrn Professors irrig, denn wir können — nach meiner Kenntnis — mit der Arbeit unserer Marineverwaltung durchaus zufrieden sein und hoffen, daß der Beweis für diese Ansicht noch im Laufe dieses Krieges schlagend gegeben wird. Militärisch kann der Verfasser des genannten Artikels keinen Anspruch auf Autorität für sich erheben. Die Begründung, daß er auch in dieser Beziehung irrt, kann er sich im Admiralsstabe und bei unserem vor Ungeduld zitternden Flottenkommando holen, dem nichts lieber ist, als dem stärksten unserer Gegner an den Leib zu gehen. Was unsere U-Boote leisten können, werden sie zeigen, wenn sie freie Bahn haben. Den Zweiflern werden erst dann die Augen aufgehen!“

Und nun folgt die übliche Desavouierung des kritisierten Verfassers und der Appell an den Furor teutonicus:

„Ob es aber richtig ist, wenn Männer von der Bedeutung des Herrn Professor Kernst in dieser Zeit unserem Volke den Glauben an die Wirksamkeit einer Waffe nehmen, die wir nur aus politischen Rücksichten bisher nicht voll verwenden dürfen, wird dem Urteil weiterer Kreise zu übergeben sein. Den Furor teutonicus (teutonische Wut), der nicht nur in unserem Volke, sondern auch in den braven Offizieren und Mannschaften der U-Boote siedet, dämpfen zu wollen, sollten wir unseren Feinden überlassen; wir wollen sehen, ob sie damit Erfolg haben! Aber die Berechtigung dazu einem Professor der Technischen Hochschule zu geben, wird sich unsere Marine bedanken.“

## Zum russischen Ministerwechsel.

Amsterdam, 24. Juli. (B. L. W.) Ein hiesiges Blatt meldet aus Petersburg vom 23., die jüngsten Veränderungen des Kabinetts seien die Folge des Wunsches der leitenden Kreise, alle Macht in die Hände des Ministerpräsidenten Stürmer zu legen. Die auswärtige Politik Russlands werde sich in keiner Weise ändern.

Ein Stockholmer Telegramm des „Lokal-Anzeigers“ meldet folgendes:

Die Petersburger Presse läßt durchblicken, daß Sjasonows Krankheit nur zum Anlaß seiner Verabschiedung genommen wurde, aber keineswegs deren Grund ist. Sein Rücktritt vollziehe sich in den für Russland die Regel gewordenen Formen, indem das monatelang vorhergegangene Ereignis jetzt doch überstürzt zur Tatsache werde unter dem Druck eines augenblicklichen Anlasses. Besonders interessant ist, was die in der letzten Zeit vom Ministerpräsidenten Stürmer oft persönlich informierte reaktionäre Presse, „Semischtschina“ und „Ruskoje Szamja“, aber auch die „Kowoje Wremja“, über die Gründe des Rücktritts zu berichten weiß. Sjasonow, so wird ihm vorgeworfen, habe sich mehr und mehr, statt auf die Grundfesten der russischen Macht, auf liberalisierende „Organisatoren des Sieges“ gestützt, auf Kriegsminister und kooperative Verbände, die Russland in eine immer drückendere Abhängigkeit von einzelnen fremden Mächten gebracht. Stürmers Hauptaufgabe werde darum sein, eine reinrussische Politik zu führen. Die verderbliche Schwäche der russischen Politik habe im Juni 1915 begonnen, als Sjasonow durchsah, daß die Denkschrift der 150 rechtsstehenden Politiker (gemeint ist das Manifest für einen Separatfrieden) abgelehnt wurde. Seitdem habe Sjasonow Mißerfolg auf Mißerfolg geerbt, aber er habe seine Stellung stets durch bewusste Zerschlagung der öffentlichen Meinung zu stärken gewußt und die Duma durch Vorpiegelung liberaler Gesinnung für sich gewonnen. — Man nimmt in Petersburg an, daß Ministerpräsident Stürmer das Ministerium des Auswärtigen nur interimistisch mit Rücksicht auf die unklare diplomatische Lage Russlands übernahm.

## Zusammentritt des Nationalrats der französischen Sozialdemokratie.

Paris, 24. Juli. (B. L. W.) „Humanité“ meldet, daß der Nationalrat der sozialistischen Partei am 6. August zusammentreten wird.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 24. Juli. (B. L. W.) Amtlicher Bericht von Sonntag nachmittag. An der Front der Somme Artilleriekampf. Südlich von Soissons übertrug nachts ein deutscher Angriff. Auf dem rechten Ufer der Maas Bombardement im Abschnitt von Fleury und Kämpfe mit Handgranaten an den Zugängen zu Chapelle-Saint-Jime. Bei Eparges wurde ein deutscher Angriffsvorstoß durch Maschinengewehrfeuer zurückgewiesen. Auf der übrigen Front ist die Nacht ruhig verlaufen.

Paris, 24. Juli. (B. L. W.) Amtlicher Bericht von Sonntag abend. Außer lebhafter Beschichtung nördlich der Somme ist von der ganzen Front kein wichtiges Ereignis zu melden.

Flugdienst: Während des 21. Juli beschossen unsere Flugzeuge den Bahnhof von Bigneulles und in der Nacht vom 21. zum 22. den Bahnhof von Diederhofen, wo drei große Gebäude zerstört wurden, ebenso die Bahnhöfe von Arnabille, Laon und St. Erme. In der Nacht vom 22. zum 23. besetzten wir von neuem den Bahnhof und militärische Anlagen von Diederhofen mit Bomben. Im Laufe dieser Fliegerangriffe wurden 115 Bomben abgeworfen. Am Morgen des 22. Juli beschloß eine Gruppe von zwölf französischen Flugzeugen militärische Anlagen von Mühlheim. Der Bahnhof und die Kasernen wurden mit zahlreichen Geschossen beschoßen, von denen die meisten ihr Ziel trafen. Auf der Rückkehr lieferten unsere Flugzeuge einem feindlichen Geschwader eine Schlacht. Vier deutsche Flugzeuge wurden durch unsere Flieger abgeschossen und zerschellten auf dem Erdboden. Zwei der unsrigen landeten in den feindlichen Linien. Gestern schoß ein weittragendes feindliches Geschütz mehrere großkalibrige Geschosse in Richtung auf Velfert ab. Heute morgen betraf ein deutsches Flugzeug die Stadt mit Bomben, die nur Materialschaden anrichteten.

Belgischer Bericht: Der Tag war auf der belgischen Front ruhig.

Belgischer Bericht vom Sonnabend: Die Nacht und der Tag waren verhältnismäßig ruhig, ausgenommen in der Gegend von Dignude, wo wir feindliche Maschinen zum Schweigen brachten, die sich ziemlich tätig gezeigt hatten. Die belgische Artillerie richtete mit Erfolg Fernschützfeuer gegen feindliche Anlagen bei Oesjard.

## Die englische Meldung.

London, 22. Juli. (B. L. W.) Amtlich. Bericht des britischen Hauptquartiers: Während der letzten zwölf Stunden hat beiderseits die Artillerie regere Tätigkeit entwickelt. Unsere Schützengräben der ersten Linie wurden an verschiedenen Punkten mit Granaten, Gas- und tränenregernden Geschossen beschoßen. Sonst ist nichts von Bedeutung zu melden.

London, 23. Juli. Amtlich. (B. L. W.) General Haig meldet: Die Schlacht flammte heute längs der ganzen deutschen Front von Pozieres bis Guillemont wieder auf, und erreichte einen Grad äußerster Heftigkeit. Zu einem heftigen Gefecht kam es bei dem Dorfe Pozieres, wo die Deutschen mit vielen Maschinen-

gewehren bezweifelten Widerstand leisten. An den anderen Teilen der Front war der Kampf ebenfalls heftig. Es ist noch kein entscheidender Erfolg gemeldet worden. Heute früh eroberten wir ganz Longueval zurück, aber der Feind gewann den Nordteil des Dorfes abermals. In ähnlicher Weise wechselte der Dorfaum von Guillemont zweimal den Besitzer.

London, 23. Juli. (W. Z. V.) Kritischer Heeresbericht. Unsere Truppen erzielten neue Fortschritte in der Nähe von Pozieres, wo sie eine Anzahl Gefangene machten. Auf der übrigen Front zwischen Pozieres und Guillemont dauert die Schlacht mit äußerster Heftigkeit an.

### Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 24. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 23. Juli nachmittags.

Westfront: In den Stellungen bei Riga heftiges gegenseitiges Artilleriefeuer. Nordöstlich (10 Kilometer) von Smorgon bei dem Dorfe Parthylki versuchten die Deutschen mit den in ihren Schützengräben und den Annäherungsgräben bereitgestellten Truppen anzugreifen, in der Absicht, ihre am Tage vorher verloren gegangene Stellung wieder zu nehmen. Unser Sperrfeuer zwang sie jedoch in ihre eigenen Gräben zurück. Alle weiteren Versuche des Feindes zu Gegenstößen brachen in unserer Artillerie- und Infanteriefire zusammen. — Am Stochod in der Gegend von Jarece—Bereczniza (10 Kilometer nördlich von der Bahn Sarny—Kowel) griff uns der Feind um 9 Uhr abends an, er wurde jedoch abgewiesen. Gestern machten wir in der Gegend Worodita—Tartarow an der Straße Delatyn—Naramaros—Sziget 5 Offiziere, darunter einen Bataillonskommandeur, und 488 Soldaten zu Gefangenen und nahmen drei Geschütze und vier Maschinengewehre.

In den Karpaten Schnee und Regen. Kaukasus: An der kaukasischen Küste am Schwarzen Meer eroberten unsere Truppen im Laufe des Tages die Stadt Jol (60 Kilometer westlich von Trapezunt) und gewannen beträchtlich an Gelände südlich dieses Ortes. Wir machten hier viele Gefangene und eroberten eine grüne heilige Fahne der irregulären türkischen Banden. — Im Süden des Kessels Jmal besetzten wir die Stadt Kestik Chifit (60 Kilometer westlich von Saiburt).

In der Richtung auf Erzindjan überschritten unsere Truppen den westlichen Euphrat südlich von Kotur Köpri (8 Kilometer südwestlich von Ramakhatun). In der Richtung auf Mossul östlich von Kewanuz bekämpften unsere Truppen starke türkische Kräfte.

In der Zeit vom 20. zum 21. Juli nahmen wir 370 Offiziere, darunter einen General, einen Oberst, 13 700 Soldaten gefangen und erbeuteten 10 Geschütze, so daß die Gesamtsumme zusammen mit der im gestrigen Morgenbericht gemeldeten Zahl von 26 000 einschließlichen Offizieren, auf 27 000 nebst 40 Geschützen gestiegen ist.

Petersburg, 24. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 23. Juli abends.

Kaukasusfront: Unsere Offensive schreitet fort. Nach ergänzenden Berichten erbeuteten wir bei der Einnahme von Gümüşhane nicht 2, sondern 6 Kanonen. Westlich von dieser Stadt auf den Höhen von Balnebel, 25 Kilometer von Gümüşhane und Andalari (?) machten wir gestern 200 türkische Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten Ausrüstungsstücke. In der Richtung auf Bagdad fanden Schirmzüge von Patrouillen mit Kurden statt.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 23. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Im Sagarinatale starke Artillerietätigkeit. Die feindliche Artillerie beschößte Avio und beschädigte das Hospital. Zur Erwidern erneuerten unsere großkalibrigen Geschütze die Beschießung von Rida, Rago und Rovereto, wo sie Brände hervorriefen. An der Front der Posina und auf der Höhebene der Sieben Gemeinden dauert der Druck unserer Infanterie mit einigen Fortschritten an den Abhängen des Monte Zebio fort, wo unsere Verfolger sich nach einem glänzenden Angriff eines 300 Meter langen Schützengrabens bemächtigten und ein Maschinengewehr erbeuteten. In der Dolomitengegend eroberten die Unseren zwischen dem oberen Travignole-Tale und dem oberen Cimon-Tale die starken Stellungen von Cavallazza (2326 Meter) und Colbricon (2036 Meter). Sie nahmen dem Feinde dabei 142 Gefangene ab, darunter drei Offiziere, sowie zwei Geschütze, einige Bombenwerfer und eine reiche Beute an Waffen und Munition. Im Hochboite schöß die feindliche Artillerie Granaten auf Cortina d'Ampezzo. Die unsere antwortete, indem sie abermals Toblach und Sillian beschöß und das Feuer auf Innichen eröffnete. Auf der übrigen Front hat sich nichts Wichtiges ereignet. Cadorna.

### Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 23. Juli. (W. Z. V.) Bericht des Hauptquartiers.

An der Frontgriff in Euphratabschnitt einer unserer Monitore heftig zwei feindliche Monitore an und rief auf einem Feuerbrunnst hervor. Unsere Freiwilligen gaben vom Ufer aus Feuer und töteten einige Mann der Besatzung. Die feindlichen Monitore mühten den Rückzug antreten.

An der Persischen Front ist im Abschnitt von Kermanschah die Lage unverändert. Unsere Abteilungen und Freiwillige vertrieben durch kraftvolle Angriffe russische Streitkräfte in Gegend von Vane gegen Osten. Unsere Truppen stießen 35 Kilometer östlich von Revanduz und 8 Kilometer diesseits der Grenze auf russische Nachhut, nahmen sie unter heftigem Feuer und brachten ihnen ernsthafte Verluste bei. Um sich die Flucht zu erleichtern, warf der Feind auf der Straße Bekleidungstücke, Munition und andere Dinge fort.

Vom Kaukasus und von anderen Fronten keine wichtige Meldung.

Der Kreuzer „Mibilli“ traf am 22. Juli südlich von Sebastopol auf starke feindliche Seestreitkräfte. Da man der „Mibilli“ den Weg abzuschneiden versuchte, so mußte sie sich vier Stunden lang auf einen Kampf gegen ein neues russisches Schiff vom Typ „Kaiserin Marie“ und vier Torpedobootszerstörer, ebenfalls von neuer Bauart, einlassen. Trotz des Angriffes und trotzdem die feindlichen Schiffe unaufhörlich Verstärkungen herbeiriefen, durchbrach die „Mibilli“ dank der Geschwindigkeit ihres Führers die feindliche Einkreisung und kehrte unversehrt zurück.

### Vorstöß deutscher Torpedoboote.

Amtlich. Berlin, 24. Juli. (W. Z. V.) In der Nacht vom 22. zum 23. Juli unternahm deutsche Torpedoboote von Flandern aus einen Vorstoß bis nahe der Zhemscmundung, ohne dort feindliche Seestreitkräfte anzutreffen. Bei der Rückkehr stießen sie am 23. Juli morgens auf mehrere englische kleine Kreuzer der Aurora-Klasse und Torpedobootszerstörer. Es entspann sich ein kurzes Artilleriegefecht, im Verlaufe dessen Trefferwirkung auf den Gegner erzielt wurde. Unsere Torpedoboote sind unbeschädigt in ihren Stützpunkt zurückgekehrt.

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 24. Juli 1916. (W. Z. V.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Wie sich herausgestellt hat, wurden die gestern gemeldeten englischen Angriffe gegen die Front Thiepval—Guillemont von elf englischen Divisionen ausgeführt, deren mehrere heftig von anderen Fronten herangeholt waren. Den einzigen Vorteil, den der Feind auf der ganzen Linie erreichen konnte und den wir noch nicht wieder angebeffert haben, das Eindringen in einige Häuser von Pozieres, mußte er mit außerordentlich schweren blutigen Verlusten bezahlen. In Longueval warf ihn der mit Wucht geführte Gegenstoß der brandenburgischen Grenadiere von Donaumont glorreichen Augenblicks. Aus einer Riesgrube südwestlich Guillemont, in der der Gegner sich vorübergehend eingekist hatte, brachten wir drei Offiziere 141 Mann unverwundet herans.

Südlich der Somme sind kleinere französische Unternehmungen bei Soyecourt und westlich von Vermandovillers in unserem Feuer gescheitert. Die Artilleriekämpfe flauten nur vorübergehend ab. Unsere Beute aus den Kämpfen seit dem 15. Juli beträgt nach bisherigen Feststellungen 68 Maschinengewehre. Rechts der Maas steigerte sich der beiderseitige Artilleriekampf mehrmals zu großer Heftigkeit. Infanterietätigkeit gab es hier nicht.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teile der Front und bei der Armee des Generals Grafen v. Buthner außer Patrouillenkämpfen keine Ereignisse.

Nordwestlich von Beresetzko wurden starke russische Angriffe glatt abgeschlagen.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Unverändert.

### Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 24. Juli. (W. Z. V.) Amtlich wird verlautbart:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert auf den Höhen nördlich des Pristopattels und bei Labaczewa. In Wolhynien wurden russische Angriffe abgeschlagen. In Ostgalizien südlich des Dnjester wurde das Annähern feindlicher Abteilungen durch Artilleriefeuer vereitelt. Nördlich des Dnjester vollführten unsere Vortruppen mit Erfolg nächtliche Ueberfälle.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Gegen unsere Stellungen südlich des Val Sugano und jene im Raume von Panaveggio und Pellegrino setzte der Feind seine heftigen Angriffe ohne jeden Erfolg fort. In den Morgenstunden gingen mehrere italienische Bataillone von Racra entlang des Grenzflusses zweimal zum Angriff vor, jedesmal mußte der Gegner unter den schwersten Verlusten zurückweichen. Im Gebiete des Monte Zebio scheiterten im Laufe des Vormittags vier Vorstöße, nachmittags wiederholten die Italiener noch zweimal den Vorstoß gegen den Nordflügel unserer Front; sie wurden wieder unter den größten Verlusten zurückgeschlagen. Auf den Höhen nördlich und südlich von Panaveggio wurden drei Angriffe abgewiesen. Während der Nacht brachen noch je ein Angriff gegen Jedaja und die Höhen südlich Pellegrino im Feuer zusammen. An der Rätiner- und Isongo-front keine Ereignisse von Belang.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: O. Oeser, Feldmarschalleutnant.

### Ereignisse zur See.

Ein Seeflugzeuggeschwader hat heute nacht die militärischen Objekte von San Giorgio di Rogara, Gorgo, Ronfalcone sehr wirkungsvoll mit schweren, leichten und Brandbomben belegt. Mehrere starke Brände wurden beobachtet. Trotz heftigster Beschießung kehrten alle Flugzeuge unversehrt zurück.

Flottenkommando.

### Vom U-Boot-Krieg.

London, 12. Juli. (W. Z. V.) Lloyd's meldet aus Thymouth vom 22. Juli. Das dänische Motorfahrzeug „Samsoe“ wurde von einem deutschen U-Boot mit Granaten beschossen. Es wurde voll Wasser in den Thym geschleppt. Die Mannschaft ist gerettet. Das norwegische Segelschiff „Wams“ und die schwedischen Segelschiffe „Juno“ und „Jda“ sind, wie berichtet wird, in Brand gesteckt worden und gesunken.

(Anmerkung der Redaktion des W. Z. V.: Die Meldung ist schon ihrer Fassung nach mit Vorbehalt aufzunehmen. Die Dampfer werden sicherlich Kanoniere an Bord gehabt haben.)

London, 23. Juli. (W. Z. V.) Neutermeldung: Die Dampfer „Longwen“ und „Knutstford“ sind gesunken. Die Bemannungen sind gerettet.

### Schwedens Maßnahmen zum Schutze seiner Neutralität.

Stockholm, 23. Juli. (W. Z. V.) Die Svenska Telegrafbyrån mitteilt, hat die schwedische Regierung das seit dem 20. Dezember 1912 bestehende Verbot für fremde U-Boote, in schwedischen Gewässern zu fahren oder Aufenthalt zu nehmen, durch eine am 23. Juli in Kraft tretende amtliche Deklaration ergänzt. Die Verfügung lautet namentlich: U-Boote, die zum Gebrauch im Kriege ausgerüstet sind und einer fremden Macht gehören, dürfen, auf die Gefahr hin, ohne vorhergehende Warnung mit Waffengewalt angegriffen zu werden, nicht in schwedischen Hoheitsgewässern innerhalb dreier nautischer Minuten (Seemeilen) vom Lande oder von der schwedischen Küste zu äußerst vorgelagerten Klippeninseln, die nicht stets vom Meere überflutet werden, fahren oder sich aufhalten. Ausgenommen davon ist die Fahrstraße durch den Dorelund zwischen der Breitenparallele durch den Leuchturm Biken, 58 Grad 8,7 Minuten nördlich und der Breitenparallele durch den Leuchturm Skagshamn, 55 Grad 31,2 Minuten südlich. Ist ein U-Boot genötigt, infolge schweren Wetters oder Seeschadens in das verbotene Gebiet einzulaufen, so soll das obige

Verbot keine Geltung haben, vorausgesetzt, daß das Boot in Ueberwasserlage gehalten wird und seine Nationalflagge und das internationale Signal gezeigt hat, das die Ursache seines Verweilens in dem verbotenen Gewässer angibt. Wenn diese Ursache aufhört, soll das Boot das verbotene Gebiet sobald wie möglich verlassen.

Eine weitere amtliche Meldung besagt, daß im Zusammenhang mit dieser neuen Bekanntmachung die schwedischen Marinemannschaften, insbesondere die zur Wahrung der Neutralität bestimmten Wachen in gewissen Küstenstrecken demnächst verstärkt werden sollen. Eine andere Bekanntmachung bestimmt, daß es fremden Luftfahrzeugen bis auf weiteres verboten ist, schwedisches Gebiet zu überfliegen, mit Ausnahme eines gewissen Teiles des Dorelundes. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

### Holländischer Dampfer durch eine Mine versenkt.

Haag, 24. Juli. (W. Z. V.) Der niederländische Dampfer „Maas“ ist bei dem Leuchtstuhl Northhinder infolge einer Mine-Explosion gesunken. Das Kriegsschiff „Zeeland“ ist abgegangen, um Hilfe zu leisten. Von der Bemannung sind elf Mann gerettet und zehn umgekommen.

### Dänischer Dampfer aufgebracht.

Kopenhagen, 24. Juli. (W. Z. V.) Der dänische Dampfer „Cite“, mit roher Papiermasse, ist gestern im Sund von einem deutschen Kriegsschiff aufgebracht und südwärts geführt worden.

### „World“ über das Handels-U-Boot.

New York, 22. Juli. (Funkpruch vom Vertreter des W. Z. V.) „World“ sagt in einem Leitartikel unter der Überschrift „Ein Gesetz für alle Kriegsfährenden“: Wenn die Engländer Anspruch erheben, daß das Tauchboot „Deutschland“ als Kriegsschiff betrachtet werden muß und der Zerstörung unterliegt, sobald es sichtbar wird, gebrauchen sie genau dieselbe Beweisführung, die die Deutschen vorbrachten, als sie das Recht verteidigten, daß die Befehlshaber der Unterseeboote in Verhinderung der Bestimmung über die vorherige Untersuchung Handelschiffe zerstören könnten. Die Deutschen machten geltend, ihre Unterseeboote könnten Handelschiffe nicht durchsuchen, weil sie sich nicht der Gefahr aussetzen könnten, angegriffen zu werden. Wegen dieses Anspruches schmähten die Engländer sie und bezeichneten sie als Seeräuber. Seitdem die Deutschen das Tauchboot in ein Frachtschiff umgewandelt haben, finden die Engländer jetzt es für nützlich, sich selbst zu widersprechen. Sie stehen nunmehr tatsächlich der Schwierigkeit gegenüber, die Handelschiffe von Kriegstauchbooten zu unterscheiden, und dies setzt eine gefährliche Untersuchung voraus. Die Frage ist dieselbe, wie die einst von Deutschland aufgeworfene, das darauf bestand, daß keine Unterseeboote zuerst feuern und hinterher untersuchen müßten. England kann nicht seine eigene Beweisführung verleugnen, nur um seine Zwecke zu erreichen. Es kann nicht verlangen, daß es von den Bestimmungen des Völkerrechts ausgenommen ist, an die Deutschland gebunden ist, oder daß es den einen oder anderen Standpunkt einnehmen kann, je nachdem die Umstände es ihm geraten erscheinen lassen könnten. Bei der Verteidigung der Rechte der Neutralen ist unser Land für den Schutz der Handelschiffe bis an die äußerste Grenze gegangen. Es hat seinen Standpunkt auf wohl anerkannte Grundzüge gegründet, deren Ausschaltung durch den einen oder den anderen Kriegsführenden drohte. England zog Nutzen aus der Verteidigung gewisser Rechte der Neutralen durch die Vereinigten Staaten. Deutschland ist jetzt daran, im Falle seiner Frachtschiffe durch die konsequente Haltung der Vereinigten Staaten zu gewinnen. Unsere Nation hält unter allen Umständen an dem einen Grundgesetz fest, ob er nun zum Nachteil Englands oder Deutschlands ausfallen sollte.

### Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 23. Juli. (W. Z. V.) Amtliches Telegramm aus Ost-Afrika vom 21. Juli. General Smuts meldet: Die feindlichen Streitkräfte, die sich bemächtigten die Verbindungen nach West-Tanga zu stören, sind südwärts über den Pangani-Fluß getrieben worden. Mubeja und Amani wurden besetzt. Die Usambara-Eisenbahn ist jetzt vollständig in unserem Besitz und wird ausgebaut.

Das belgische Kolonialamt meldet: Am 3. Juli fand eine starke feindliche Abteilung, die durch die Besetzung des Gebietes von Buloba und Karagwe seitens der Briten vertrieben war, den Rückzug durch eine belgische Abteilung unter Major Rouling in der Nähe von Dufurambo am Südwestende des Victoria-Sees versperrt. Nach heftigem Kampfe, in dem eine große Anzahl Deutscher getötet oder gefangen genommen wurde, ergriff der Rest der Feinde in der Richtung auf Mariabill die Flucht, dichtauf verfolgt. Der Befehlshaber der deutschen Abteilung Sudobius befindet sich unter den Gefangenen. Am Südsüder des Victoria-Sees fanden unsere Streitkräfte, die den aus Ruanza entwichenen Feind verfolgten, die deutschen Dampfer „Muanza“ und „Otto Heinrich“ nahe am Südende des Stuhlmann-Sundes versenkt vor. Die deutschen Schiffe können leicht gehoben und gebrauchsfähig gemacht werden.

### Kriegsunlust in Frankreich.

Bern, 23. Juli. (W. Z. V.) Herbsch schreibt in seiner „Victoire“ auf Grund persönlicher Mitteilungen einen „Frankreichs Bauerninnen“ überschriebenen Leitartikel, nach welchem in sehr vielen ländlichen Bezirken, besonders im Westen, die Frauen anfangen, den Mut zu verlieren und Reden zu führen, wie eben nur Frauen tun, die außer Fassung geraten. Die einen erklären, sie hätten genug, sie würden den Acker nicht mehr bebauen; wenn es kein Korn mehr gäbe, würde der Krieg schneller zu Ende gehen. In anderen Dörfern, die er nennen könne, hielten die Frauen es für die einfachste Lösung, dem Staate kein Geld mehr zu geben. Renner des Bauernstandes erklärten, daß auf dem Lande solche Reden eigentlich überflüssig umliefern. Herbsch nimmt das nicht tragisch, verlangt indes, Leute von Einfluß, Parrer, Lehrer, Bürgermeister, Bürgervorsteher, sollten mit sanfter Geduld der Bauernschaft beizubringen versuchen, daß ihr Vorhaben den Krieg nicht zu verkürzen, sondern zu verlängern geeignet sei. Unter dem Druck der Bauernschaft, schließt Herbsch, haben wir 1871 den Frankfurter Frieden über's Antlitz gebrochen, während einige Wochen mehr des Widerstandes uns gewiß Kostbarkeiten erhalten hätten. Darum ist es für alle, die einen vollständigen, vernichtenden Schlag wollen, nicht allein eine Pflicht der Menschlichkeit und Brüderlichkeit, jetzt, wo wir so nahe am Ziel sind, wahrhaftig ein Gebot des öffentlichen Wohles, die Stimmung unserer ländlichen Kreise zu pflegen.

Bern, 24. Juli. (W. Z. V.) „Petit Journal“ zufolge hat die Einberufung der Jahresklasse 1888 in Frankreich ziemlich Erregung, besonders in der Landbevölkerung wegen Gefährdung der Feldarbeit und des Weinbaues, hervorgerufen.

### Eine Fehdeansage der englischen Sozialisten.

Ueber die Aufgabe der englischen Sozialdemokratie nach dem Kriege schreibt „Justice“, das Organ der englischen Nationalsozialisten, vom 13. Juli: Es ist an der Zeit für die englische Arbeiterklasse, zu erklären, daß das während des Krieges hergestellte gute Einvernehmen zwischen Unternehmern und Arbeitern mit Kriegsende gleichfalls zu Ende geht. Der Waffenstillstand zwischen Kapital und Arbeit ist nur für Kriegsdauer ge-

schlossen, um England zu ermöglichen, die deutschen Truppen aus dem von ihnen angegriffenen Ländern hinauszudrängen; aber wir haben keinerlei Veranlassung, den Kapitalisten dauernd Gewinne zu sichern. Die englischen Kapitalisten sprechen von einem Krieg nach dem Krieg. Das ist ihre Sache. Wir haben aber auch einen Krieg nach dem Krieg vorzubereiten, der sich aber nicht gegen Deutschland richten wird. Unsere Kapitalisten und ihre Presse irren, wenn sie glauben, daß wir uns auch später auf ihre Seite stellen werden, weil wir das während des jetzigen Krieges getan haben. Kein Arbeiter mit Klassenbewußtsein, der jetzt als Soldat in den Schützengräben steht und dort seine Offiziere zu beurteilen gelernt hat, wird geneigt sein, diesen Offizieren noch zu folgen, wenn die Offiziere wieder in der Industrie tätig sind. Dann wird kein Arbeiter vergessen, daß dieselbe Klasse Menschen ihre Ausbeuter und Gegner in Fabrik und Werkstatt sind. Weber ihr noch unsere Grundzüge haben sich geändert, und wir werden gegen die Kapitalisten auf dem Felde der Industrie und der Politik künftig mit nicht weniger Eifer stehen, weil wir diesen Kampf mit ihnen unter dem Druck einer zwingenden Notwendigkeit vorübergehend aufgegeben haben.

## Verschärfung der italienischen Grenzmaßnahmen.

Bern, 24. Juli. (B. Z. B.) Gestern unterzeichnete der italienische Reichsverweser ein Dekret, durch das die Grenzmaßnahmen gegen Italiener und Ausländer verschärft werden. In der Regel ist danach feindlichen Staatsangehörigen und Bürgern von Staaten, mit denen die diplomatischen Beziehungen abgebrochen sind, der Zutritt nach Italien verboten. Ausnahmen können unter Ermächtigung des Ministers des Innern erfolgen.

## Der griechische Wahlfeldzug.

Athen, 24. Juli. (Indirekt. Z. U.) Der Wahlfeldzug ist eifrig im Gange. Die Venizelos-Partei hat bereits ihre sämtlichen Kandidaten namhaft gemacht. Eine große Anzahl von Agitatoren bereisen das Land, um für Venizelos Stimmungen zu machen. Der bisherige Ministerpräsident Euludis kandidiert in Attika, Dragumis in Saloniki. Die aus dem Kabinett ausgestiegenen Mitglieder beschloßen, eine gemeinsame Liste von Kandidaten aufzustellen, die den Kampf mit den Venizelisten aufnehmen solle.

## Politische Uebersicht.

### Alldenteutsche Kriegsziele.

In der „Deutschen Tageszeitung“ läßt sich Graf Reventlow wieder einmal über seine und seiner Freunde Kriegsziele aus; besonderen Nachdruck legt er dabei auf das künftige Schicksal Belgiens. Die „Garantien“, die er fordert, müssen „im machtpolitischen und wirtschaftspolitischen Sinne von Grund aus real sein“. Internationale Vereinbarungen und „irgendwelche Zukunftsfantasien“ werden abgelehnt.

In Belgien dürfte man sich ... ganz außerordentlich in der Annahme täuschen, daß das deutsche Volk, soweit es imstande ist, politische und nationale Realitäten zu begreifen, auch nur einen Augenblick daran denken könnte, diese in und nach dem Westen liegende Lebensfrage des Deutschen Reiches und Volkes zu verneinen. Jede Halbheit wäre eine Verneinung und ebenso jede Politik, welche diese Frage nicht als wirkliche deutsche Lebensfrage behandelte, oder aber sich durch Phantasmen und Doktrinen über das Weinen tatsächlich realer Garantie irreführen ließe, oder sich mit mehr oder minder Absicht selbst darüber täuschte.

Und etwas später:  
„Was über die Wiederherstellung des belgischen Staates“ geredet wird, hat uns nicht zu kümmern. Der belgische Staat, ein künstliches und ungesundes Gebilde in sich, hat wahrlich genügend gezeigt, daß er auch vor diesem Kriege nicht die Garantien geben konnte, deren Leistung die Voraussetzung seiner Existenzberechtigung war. Eine belgische Nation hat es nie gegeben und gibt es nicht.“

Welche Garantien Herr Reventlow allein als „real“ gelten lassen will, kann danach nicht mehr zweifelhaft sein. Er will mit seinen Freunden Belgien möglichst ohne Einschränkung verschlucken. Das „deutsche Volk“, das er bei diesem Plan hinter sich haben will, besteht dann gewiß aber nur in seiner Phantasia.

### Der einträgliche Krieg.

Der Nationalökonom Steinmann-Bucher, der Herausgeber des Verbandsorgans des Zentralverbandes deutscher Industrieller, hat ein Buch über das deutsche Volkvermögen im Kriege geschrieben. Verschiedene Abschnitte, die die „Frankfurter Zeitung“ daraus zitiert, gewähren einen bemerkenswerten Einblick in die Stimmungen, mit denen die dem Herrn Steinmann-Bucher nahestehenden Kreise den Krieg betrachten. U. a. schreibt der Verfasser des Werkes:

„Soweit unsere wirtschaftlichen inneren Interessen in Frage stehen, so besteht eine allgemeine Uebereinstimmung zwischen den breitesten Schichten des deutschen Volkes, daß ein Zustand, der bei hohen Preisen hohe Löhne und gewisse Gewinne gewährt, eigentlich erträglich und einträglich zugleich ist und noch erträglicher wäre, wenn er nicht mit so großen Opfern an deutschem Blute verbunden wäre und wenn nicht doch noch größere oder kleinere Gruppen von Staatsbürgern (Beamte, Festbesoldete, gewisse Gewerbetreibende) unter der Kriegskonjunktur (sicher zu leiden hätten. Aber das friedliche deutsche Volk, das über vier Jahrzehnte keinen Krieg geführt und sich mit der ruhigen, geduldschuldigen Friedensarbeit in dieser Zeit begnügt hat, hat nun, das mögen sich die feindlichen Völker gesagt sein lassen, sozusagen den Vratun gerochen und am Kriege Geschmack gefunden, und es könnte leicht sein, daß es fortan geneigt wäre, sich öfter als bisher im Kriegshandwerk zu üben oder gar bis auf weiteres nach der einen oder anderen Seite, zum Beispiel gegen den „Beherrscher der Meere“, einen dauernden Krieg zu führen.“

Daß der Schreiber dieser Sätze es wagt, sich auf das „Volk“ zu berufen, ist eine Annahme, wie sie größer kaum gedacht werden kann. Das Volk spürt in seinen breitesten Schichten nichts von der „Einträglichkeit“ des Krieges, und hat an ihm alles andere, aber wahrhaftig keinen Geschmack gefunden. Aber ist es nicht bezeichnend, daß Leute über den Krieg so denken, wie dieser Herr Steinmann-Bucher? Die großen Opfer, die der Krieg erfordert, sind ihnen ein bißchen peinlich, und ohne sie wäre der Krieg noch „erträglicher“, aber „erträglich“ ist er auch so, weil er ein so „einträgliches“ Geschäft ist, ein „Vratun“, nach dem ihnen immer wieder das Wasser im Munde zusammenlaufen wird. Selbst die sehr gemäßigten liberalen „Magdeburger Zeitung“ sieht sich genötigt, gegenüber diesen Ausführungen zu erklären: „Das Volk führt und erträgt diesen Krieg und bejaht seine Fortsetzung aus einem gänzlich anderen Geiste heraus, dem gegenüber die Schilderung des Herrn Steinmann sich wie eine Plasphe mie ausnimmt.“ Das Blatt glaubt sogar, einen Strich ziehen zu müssen zwischen dem Verfasser des Buches und dem ihm so nahestehenden industriellen Kreise. Daß diese Kreise mit der Veröffentlichung der Gedankengänge ihres Redakteurs

nicht sehr einverstanden sein werden, wollen wir gerne glauben. Möglich schon, daß sie ihm darüber auch etwas „vertraulich“ eröffnen“. Aber das braucht noch nicht zu bedeuten, daß Herr Steinmann-Bucher nun mit seinen Anschauungen allein steht. ...

### „Land oder Geld!“

Der Leser möge nicht erschrecken: Die Ueberschrift, die an das bekannte Drohwort „Geld oder Leben!“ erinnert, stammt nicht von uns, sondern von Herrn Georg Bernhard, dem literarischen Chef der Firma Ullstein, der dem schon sehr abgeblähten Liberalismus der „Vossischen“ durch kräftige Unterstützung national-liberaler und konservativer Wünsche und Gedankengänge eine bläuliche Färbung zu geben sucht. In seinem Montagsartikel kritisiert er die von uns wiedergegebene Entschlüsselung des Parteiauschlusses über Annektionen. Er will dieses „gefährliche Schlagwort“ aus „nebelhaften Phrasenhöhen“ etwas in die „Erdennähe“ herabholen und es als das darstellen, was es nach seiner Ansicht ist, als eine „höchst simple Kalkulationsangelegenheit“. In diese „Kalkulation“ paßt es offenbar sehr gut hinein, daß aus der Resolution des Parteiauschlusses der politisch bedeutsamste Teil fortgelassen wird. Nach den Worten:

„Die Sozialdemokratie hält fest an der prinzipiellen Verwerfung aller Annektionen, sowie an jeder politischen Vergewaltigung eines Volkes von irgendeiner Seite“

fehlt der Satz, auf den es vor allem ankommt:  
„Denn diese würden nur weitere Kriege in der Zukunft zur Folge haben.“

Um so breitspuriger marschiert bei Herrn Bernhard der nachfolgende Satz auf:  
„Die Sozialdemokratie erklärt, daß die Verteidigung unseres Landes, die Sicherung seiner politischen Unversehrtheit und wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit das einzige Kriegsziel sein müsse.“

Wo, fragte er nun verwundert, sind die Leute, die etwa dem „Traum einer deutschen Welt Herrschaft“ nachjagen? Die Sozialdemokratie kämpft in ihrem Protest gegen sie „gegen Windmühlen“.

Wenn man sie wirklich an irgendeinem Stammtisch entdeckt, so sollte man ihnen ruhig ihr Vergnügen an ihren Forderungen lassen, denen kein Maßgebender Gehör schenken wird.“

Nun, wir wollen Herrn Bernhard sein „Vergnügen“ lassen, diese Leute nur „an irgendeinem Stammtisch“ zu sehen und kindlichen Gemüts daran zu glauben, daß dem Geschrei der Annektionisten „kein Maßgebender Gehör schenken“ werde, ohne daß ihm der kräftige, unabweisende Wunsch der arbeitenden Klassen entgegengekehrt wird. Auch das „Vergnügen“ wollen wir ihm lassen, sich an den Schönheiten der „nationalen Haptpolitik“ und der „Sicherungen“ für die Zukunft zu erfreuen:

„Wir können uns auch für die Zukunft nicht darauf verlassen, daß die Verantwortlichkeit nationaler Haptpolitik eingesehen wird. Wir müssen uns auf alle Fälle gegen jede Wiederholung von Ueberfällen schützen, und daher müssen wir es denjenigen, denen die Aufgabe des militärischen Schutzes unserer Unversehrtheit zufällt, völlig überlassen, welche Grenzen sie als Garantie für die Möglichkeit wirksamen Schutzes fordern. Wir sind überzeugt, daß auch die Sozialdemokratie dahingehende Forderungen, die nach bedächtiger Erwägung von den Führern unseres Heeres und unserer Marine aufgestellt werden, nicht als Annektionen bezeichnen wird, denen man sich prinzipiell widersetzen kann.“

Wogegen wir mit aller Entschiedenheit an zweierlei zu erinnern wagen: 1. an die bekannten Auseinandersetzungen zwischen Bismarck und Rolffe über die „Sicherung“ der deutsch-französischen Grenze, und 2. daran, daß unter den oben gekennzeichneten Verhältnissen jede Erörterung über Annektionen zweck- und nutzlos sein wird.

Herr Bernhard scheint aber offenbar anderer Meinung zu sein. Unter Anlehnung an die Sätze der Parteiauschluss-Resolution über die Sicherung der „wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit“ des deutschen Volkes schmuggelt er durch ein Hinterpförtchen das ein, was er angeblich als Kriegsziel überhaupt verwirft:

„Nichts liegt uns ferner als Länderraub. Aber wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß uns dieser Krieg aufgezwungen worden ist, und daß daher der Schaden, der uns entstanden ist, nicht von uns gedeckt zu werden braucht. Wir haben für diesen Schadenersatzanspruch wertvollen Pfandbesitz. Entweder löst der Feind diese Pfänder aus, dann vermögen wir Schulden zu tilgen und damit sinfen automatisch die Verzinsungs- und Tilgungsnotwendigkeiten. Oder wir behalten das verpfändete Land in der Hand, so decken wir durch dessen Erträge einen erheblichen Teil unserer Unkosten für Verzinsung und Tilgung. Also: Entweder Land oder Geld!“

„So betrachtet“, fährt Herr Bernhard fort, „nimmt sich die Frage der Annektionen doch wesentlich anders aus. Man kann grundsätzlich Annektionen ablehnen und wird sie als äußerstes, wenn auch ungewolltes Mittel der wirtschaftlichen Sanierung doch annehmen müssen.“ Da ist die „Kreuzzeitung“ denn doch schon offenerherziger. Sie lobt die Ausführungen Bernhards und bemerkt lächelnd:

„Es ist das derselbe Gedanke, den wir im Auge hatten, als wir hervorhoben, daß bei der Feststellung der Kriegsziele im Westen nicht allein der Gesichtspunkt der Sicherung in Frage komme. Wenn nämlich eine Kriegsentzündung in ausreichender Höhe nicht zu erlangen ist, so kann die ungeheure Last der Kriegskosten nur dadurch erträglicher werden, daß breitere Schultern sie auf sich nehmen.“

Mit anderen Worten: Wenn Ihr, Sozialdemokraten, uns nicht bei unserer Forderung von Annektionen zur Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit“ unterstützt, werden die „breiteren Schultern“ die ungeheure Last der Kriegskosten auf sich nehmen müssen! Wie gegenüber dieser Drohung die Ueberschrift, nach Bernhardt, variiert werden muß, überlassen wir unseren geneigten Lesern.

### Abgeordneter Dertel gestorben.

Einer der bekanntesten und energischsten Vertreter agrarischer Wünsche und Forderungen, der Hauptschriftleiter der „Deutschen Tageszeitung“ und Reichstagsabgeordneter Doktor Georg Dertel ist gestorben. Vom Lehrpult eines sächsischen Realgymnasiums wurde er 1894 in die Redaktion des neugegründeten Hauptblattes des Agraertums berufen, nachdem er schon vorher für die konservative Partei in Sachsen eine lebhafteste Tätigkeit entfaltet hatte. Er leitete das Blatt journalistisch nicht ohne Geschick, politisch mit der Rücksichtlosigkeit bei der Verfechtung konservativ-agrarischer Interessen, die seine politische Tätigkeit überhaupt auszeichnete. Im Jahr 1898 wurde er zum ersten Male in den Reichstag gewählt; 1908 und 1907 gelang es ihm nicht, Wahlsiege zu erringen. Erst 1908 eroberte er wieder ein Mandat. Als Redner wirkte er im Reichstag stets sich das Ohr des Hauses zu verschaffen; er sprach wirkungsvoll und nicht ohne schlagfertigen Wit. Aber auch hier kam es ihm nicht darauf an, mit sehr ansehnlichen Mitteln seinen Gegnern zuzusehen.

In der Aufstellung von Forderungen zum Vorteil der angeblich so nothleidenden Landwirtschaft kannte er kein Maß. Die Hochschutzzölle waren ihm nicht hoch genug. Aber um den

agrarischen Wünschen mehr Nachdruck zu verleihen, suchte er doch auch Anschluß an die Schwerindustrie, und die Sorge um die „Autorität“ der bestehenden Gewalten ließ ihn ebenso nach dem Zentrum hin Fühlung nehmen. Für alle freirechtlichen Bestrebungen hatte er kein Verständnis. Er schärmte für die Wiedereinführung der Prügelstrafe, und das hat seinen Namen in den breiteren Kreisen des Volkes vielleicht am bekanntesten gemacht.

Noch während der letzten Reichstagsstagung ergriff Dertel mit gewohnter Lebhaftigkeit das Wort, um allerlei Wünsche und Beschwerden vorzubringen. Die Einfügung des § 17a in das Reichsvereinsgesetz suchte er um jeden Preis zu verhindern, weil ihm schon diese „Reform“ zu weit ging. In dem Blatte, dessen Chefredakteur er war, war er allerdings in den letzten Monaten weniger zu Wort gekommen. Das dürfte man aber auf andere Einflüsse zurückführen als im Verjagen seiner Kräfte. Der Tod kam unerwartet. Dertel ist 60 Jahre alt geworden.

Der Wahlkreis, der durch seinen Tod frei wird, ist Rams-lau-Brieg. Dr. Dertel siegte in ihm 1912 mit 8549 gegen 3915 sozialdemokratische, 3187 fortschrittliche und 637 konservativ-stimmen.

### Aus dem Bundesrat.

Amlich wird unter dem 24. Juli mitgeteilt: In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Bekanntmachung über die Aufhebung der Bekanntmachungen über die Höchstpreise für Brotgetreide, für Gerste und für Hafer vom 28. Juli 1915, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend die Einfuhr von Fohlen und ein dritter Nachtrag zu den Bestimmungen über die Verwendung der Reichsmittel, die zur Unterstützung von Gemeinden auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege bereitgestellt sind.

### Aus der Zivilverwaltung im okkupierten Polen.

Ueber Veränderungen in der Zivilverwaltung für Rußisch-Polen berichtet das B. Z. B.: An Stelle des zum Landeshauptmann von Schlesien gewählten Landrats von Thäer, des Leiters der Kirchenabteilung beim Verwaltungsrat für das Generalgouvernement Warschau, ist der Landrat Graf von Pobjadowshy-Wedner in die Zentralverwaltung nach Warschau berufen worden. Graf von Pobjadowshy-Wedner war bisher Kreisrat in Lowitz (Rußisch-Polen). Ferner ist der bisher dem Polizeipräsidium in Lodz angehörende Landrat von Pijewich vorübergehend zur kommissarischen Beschäftigung in die Reichslanzlei berufen worden.

## Das tägliche Brot.

### Kartoffelpreis für Minderbemittelte.

Amlich wird durch B. Z. B. bekanntgegeben: In Anerkennung der Belastung, die durch hohe Frühkartoffelpreise für die minderbemittelte Bevölkerung leicht entstehen kann, hat sich das Reich bereit erklärt, den Gemeinden, die diese Kartoffeln Minderbemittelten und Kriegsangehörigen zum Kleinhandelspreise von neun Pfennig für das Pfund und zugänglich machen, ein Drittel des sich hieraus ergebenden Schadens zu erstatten, falls die beiden Drittel von den Bundesstaaten und den Gemeinden zu gleichen Anteilen getragen werden.

### Eine zweite „Mühlenskonferenz“ mit der Reichsgetreidestelle

Am 18. Juli statt. Unterstaatssekretär Michaelis führte einleitend aus, daß über den Umfang des zu bewirtschaftenden Maßgutes der neuen Ernte noch kein abschließendes Urteil möglich sei, besonders erschwere das regnerische Wetter die Abschätzung des Ernteertrags. Nach der ausgenommenen Statistik über die Anbauflächen dürfe man auf eine größere Ernte als im Vorjahr rechnen. Man dürfe sich aber keinem allzu großen Optimismus hingeben. In den besetzten feindlichen Gebietsstellen sei die Bestellung der Felder gut, und höhere Erträge als im Vorjahre dürften von dort erwartet werden.

Die Vertreter der Mühlensverbände wünschten übereinstimmend eine gleichmäßige Beschäftigung der Mühlen, diese sei nur möglich, wenn die Reichsgetreidestelle ausgleichend wirke. Einzelne Mühlen erzielten jetzt noch große Gewinne, weil sie für die Seeresverwaltung, Reichsgetreidestelle und Kommunalverband beschäftigt seien, während andere Mühlen zu Tausenden minderbeschäftigt seien. Vor allem sollten beim Vermahlen des Weizengeitrides nicht wieder einzelne wenige Mühlen bevorzugt werden.

Die Kleinmühlensvertreter wünschten Ausdehnung der Selbstwirtschaft der Kommunalverbände und Zusammenschluß kleinerer Mühlen zu geschäftsfähigen Einheiten, damit sie von der Reichsgetreidestelle beschäftigt werden könnten.

Direktor Köpke von der R. G. gab bekannt, daß circa 480 Mühlen an die R. G. angeschlossen seien und daß sie unter 60 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt seien. — Unterstaatssekretär Michaelis bemerkte, daß die R. G. keinen bestimmenden Einfluß auf die Verteilung der Mahlaufträge durch die Kommunalverbände ausüben könne. Sie würde aber durch die oberen Verwaltungsbehörden in diesem Sinne auf die Kommunalverbände ein und greife ausgleichend durch ihre Mahlaufträge ein, wo das notwendig sei.

Auf mehrfache Anfragen, besonders des an der Betsprechung teilnehmenden Abg. Käppler wurde erklärt, daß die häufig aufgestellte Behauptung, große Mengen des für die R. G. lagernden Getreides und Mehlens seien verborben, unbegründet sei.

## Letzte Nachrichten.

### Neue englische Kriegskredite.

London, 24. Juli. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Unterhaus. Asquith legte eine Kreditforderung über 450 Millionen Pfund Sterling (9 Milliarden Mark) vor, womit die gesamten Kriegskredite seit dem Beginn des Krieges auf 2832 Millionen Pfund Sterling kommen. Asquith sagte, die Erhöhung der täglichen Kriegskosten auf 5 050 000 Pfund für die Periode vom 21. Mai bis zum 22. Juli sei im wesentlichen auf die Ausgaben für Armees, Flotte und Munition zurückzuführen. Die Ausgaben für die Flotte hielten sich auf der früheren Höhe, und eine beträchtliche Erhöhung sei in der nächsten Zukunft nicht zu erwarten. Die Ausgaben für die Armee hätten ihren Höhepunkt im November 1915 erreicht, würden aber im Juli 1916 wohl noch höher steigen und diesen Stand in der nächsten Zukunft beibehalten, wenn nicht eine große Veränderung in der Politik vorgenommen würde. Die Ausgaben für Munition hätten einen Höhepunkt erreicht und würden vielleicht noch höher steigen. Die Darlehen an die Verbündeten und die Dominions betrügen im täglichen Durchschnitt 132 000 Pfund Sterling und vom 1. April bis zum 22. Juli 157 Millionen.

# Gewerkschaftliches.

## Die „Arbeitgeber-Zeitung“ an den Reichskanzler.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ ist mit der Erwägung des Reichskanzlers, ob es nicht möglich sei, die deutschen Gewerkschaftsrichtungen alle unter einen Hut zu bringen, durchaus nicht zufrieden. Sie sieht sich deshalb veranlaßt, Herrn v. Bethmann Hollweg in einem längeren Artikel unter anderem folgendes Privatgespräch zu lesen:

„Das schöne Wort des Kaisers, er kenne keine Parteien mehr, scheint der Kanzler auf den besonderen Fall der Gewerkschaftsfrage angewandt zu haben, indem er offenbar die Erklärung abgeben wollte, er kenne keine verschiedenen Gewerkschaften mehr! Aber der höchste Beamte des Reiches scheint, mit Verlaß zu bemerken, die eigentliche Natur der einzelnen Gewerkschaftsgruppen wirklich nicht gut zu kennen, wenn er es selbst unter den heutigen Umständen für möglich hält, eine einheitliche Arbeiterorganisation herbeizuführen. Wie denn? Die christlichen und die Hirsch-Dunderschen, die freien und natürlich auch die gelben, die wohl ebenfalls mitzählen, alle unter einen Hut? — Man kann sich denken, daß Herr Legien, als er auf diesen freundlichen Vorschlag mit einem glatten „Nein“ antwortete, ein bißchen geschmunzelt hat, selbstverständlich nur innerlich! Wenn aber Legien zur Begründung anführte, daß die deutschen Gewerkschaften, wie es ganz richtig ist, unter dem Einfluß politischer Parteien entstanden seien, und daß dieser lebendige politische Einfluß erhalten bleiben müsse“, so wird man sich ein so offenes und ehrliches Bekenntnis genau zu merken haben. Die Gewerkschaften im Grunde mit politischen Dingen nichts oder nur ganz wenig zu tun hätten?“

Zunächst ist die „Arbeitgeber-Zeitung“ unter Umständen bereit, dem Reichskanzler und den freien Gewerkschaften auch Konzessionen zu machen.

Sach verständig meint sie: „Gäbe es einige Wahrscheinlichkeit, daß sich die überwiegende Majorität der Gewerkschaftler der Richtung Winnig anschließen, so wäre unter Umständen der Kartellgedanke des Reichskanzlers doch einer gewissen Verwirklichung fähig.“

Diese Hoffnung hat nun die „Arbeitgeber-Zeitung“ nicht und fährt fort:

„Aber man wird eben befürchten müssen, daß wenigstens für weite Kreise die radikale Richtung, die Richtung Haase, Seidel usw. noch immer einen starken Einfluß behält. Ein gemäßigtes Organ, wie das „Hamburger Echo“, meint in seiner Erörterung des zwischen dem Reichskanzler und Legien stattgehabten Gesprächs, es werde viel davon abhängen, wie die Lehren des Krieges auf alle gewirkt haben, und welche Aufgaben sich zunächst den Gewerkschaften aufdrängen. Von einer Verständigung mit den Werkvereinen will natürlich auch das „Hamburger Echo“ nichts wissen, sonst aber wird hier die Bildung eines Zweckverbandes (welche Zwecke hat man wohl im Auge?) unter den Gewerkschaften als ein Mittel zur Stärkung der Arbeiterverbände „in ihrem unmittelbaren wirtschaftlichen Ringen“ anerkannt und befürwortet. Weiß aber der Reichskanzler genau, daß in diesem Zweckverband die gemäßigte, verständliche Richtung dominieren wird? Ruß man nicht auch mit der Möglichkeit, fast möchte man sagen, Wahrscheinlichkeit, rechnen, daß die Radikalen den Ausschlag geben, und daß, wenn eine Einigung zustande käme, sie unter dem Zeichen des ausgeprochenen Klassenkampfes, des offenen Widerstandes gegen die herrschenden und wahrlich gutbewährten Einrichtungen des Staates und der Gesellschaft stehen würde?“

Aus allen diesen Bedenken heraus hält es die „Arbeitgeber-Zeitung“ noch für verfrüht, einer solchen „Neuorientierung“ näherzutreten.

Vorläufig fehlt es noch durchaus an Beweisgründen dafür, daß die Haltung der freien Gewerkschaften und ihre Stellung zur sozialdemokratischen Partei durchgängig eine Form angenommen hätte, die als erste Voraussetzung dienen müßte, wenn die von manchen optimistischen Sanguinikern angestrebte neue Politik ohne Schaden für die Gesamtheit in Angriff genommen werden sollte!

Reichskanzler und Gewerkschaften müssen also auf die Zustimmung der „Arbeitgeber-Zeitung“ warten, bis diese mit Winnig auch alle übrigen Gewerkschaften in die Arme schließen kann mit den Worten: „Sie sind mit alle gleich liebe Kinder!“

## Berlin und Umgegend.

### Unter 150 M. Wochenverdienst kein Zwischenmeister.

Die vielumstrittene Frage: Zwischenmeister oder Arbeiter? beschäftigt die Schlichtungskommission wieder einmal in ihrer letzten Sitzung. Ein Schneider klagte auf Zwischenmeisteranteil gegen eine Firma. Diefelbe wies die Verwerfung der Klage mit folgenden Einwänden zurück: sie habe auf dem Inzeratenwege Einzelarbeiter gesucht. Daraufhin habe sich der Kläger gemeldet und Arbeit erhalten, jedoch, wie die Bücher nachwiesen, nie soviel, daß ein Wochenverdienst von auch nur annähernd 150 M. herausgekommen wäre. Außerdem handelte es sich um die gebrauchten Bedingungen aus, unter denen laut behördlichem Tarif gearbeitet werden dürfe. Der Kläger habe sich nie als Zwischenmeister zu erkennen gegeben, er wäre sonst auch nicht beschäftigt worden. Er habe längere Zeit für sie gearbeitet und nie seinen vermeintlichen Zwischenmeisteranteil geltend gemacht. Erst nachträglich, als er keine Arbeit mehr erhalten habe, sei er mit seinen Forderungen herausgerückt und klagte nun hier. Der Werkführer bestätigte als Zeuge diese Angaben.

Das Gericht belieh unter diesen Umständen dem Kläger keinen Zweifel über die Aussichtslosigkeit seiner Klage. Aus der Annonce gehe hervor, daß Einzelarbeiter gesucht werden. Das habe er gewußt. Außerdem habe er immer unter 150 M. Wochenverdienst gehabt. Künne also auch schon darum keinen Zwischenmeisteranteil verlangen. Nach längerem Überlegen entschloß sich denn auch der Kläger, die Klage zurückzunehmen, um die Kosten, die eine Urteilsfällung verursacht, nicht noch bezahlen zu müssen.

## Deutsches Reich.

### Pralinéverbot und Arbeiterschaft.

Das Verbot der Herstellung von Pralinés bedeutet für die in der Schokoladenindustrie beschäftigten Arbeiter einen sehr schweren Schlag, ohne daß sich erkennen läßt, welche Vorteile diese neue Regelung bringen soll. Der Bedarf der Schokoladenindustrie an Zucker ist bereits durch gesetzliche Bestimmungen auf 25 Proz. des Friedens-

Bedarfs herabgesetzt worden, die Fabrikation also sehr starken Einschränkungen unterworfen; trotzdem ist es aber der Industrie bisher gelungen, den größten Teil ihrer Arbeiterschaft weiter zu beschäftigen. Von einer noch weiteregehenden Herabsetzung der Zuckermenge war mit Rücksicht auf die Arbeiterschaft abgesehen worden, auch durch die neue Verordnung soll keine Ersparnis an Zucker erzielt werden. Unter diesen Umständen wäre es aber zweifellos richtiger gewesen, es der Industrie zu überlassen, welche Waren sie mit Rücksicht auf die Versorgung des Heerdes, die Beschäftigung der Arbeiterschaft und die Wünsche der Verbraucher herstellen will. Pralinés stehen an Nährwert hinter den Schokoladen nicht zurück, sind im Schmelzgrad ebenso geschäftig wie diese und sind zugleich ein zweckmäßiges Streckungsmittel für unsere knappen Kakaoreserven. Die Erzeugung von Pralinés hat ferner die große soziale Bedeutung, daß sie mehr als 15000 Arbeitskräften, in der Hauptsache Arbeiterinnen, Beschäftigung und Lohn gibt, während im Gegenzug hierzu die Erzeugung von Kakaoöl und Tafelschokoladen im wesentlichen maschinelle Arbeit ist. Das Verbot der Herstellung von Pralinés muß die Folge haben, daß diese Arbeiterinnen entlassen werden, denn es ist der Industrie nicht möglich, sie in anderen Abteilungen unterzubringen.

## Aus der Partei.

### Gegen einen Parteitag.

Eine gutbesuchte Quartalsgeneralversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Düsseldorf nahm am Sonntag nach eingehender Debatte folgende Resolution an:

„Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den Wahlkreis Düsseldorf erblickt in der Einberufung eines allgemeinen deutschen Parteitages während der Dauer des Belagerungszustandes ein Unternehmen, das nur dazu angetan ist, die Spaltung in der Partei herbeizuführen. Die Versammlung erhebt deshalb Protest gegen die Einberufung eines Parteitages unter dem jetzt herrschenden Zustande.“

### Gewerkschaften für eine Friedensaktion!

Vom Vorstand des Mannheimer Gewerkschaftskartells erhalten wir folgende Zuschrift:

Unter dieser Signatur ist in einer Reihe Parteizeitungen eine Resolution veröffentlicht worden, welche eine Gewerkschaftsvorstandskonferenz am 12. d. Mts. in Mannheim annahm. Der Verbreiter der Notiz beging mit der Veröffentlichung einen Vertrauensbruch, denn der Wille der Konferenz war, wie ausdrücklich festgestellt worden ist, daß von den Verhandlungen keine Berichte in der Presse veröffentlicht werden sollten. Durch die Art der Verbreitung der Notiz wird der Anschein erweckt, als hätte sich die Konferenz lediglich mit einer Friedensaktion beschäftigt und der Genosse Lehmann in einem Referat dazu Gelegenheit gegeben. Dies ist nicht richtig. Das Zustandekommen dieser Resolution ist nicht auf das Referat des Genossen Lehmann zurückzuführen. Weder er noch der Antragsteller haben die Resolution auch nur mit einem Wort begründet. Das Referat des Genossen Lehmann beschäftigte sich mit der Ernährungsfrage. Im Laufe der Verhandlungen brachte ein Genosse ganz unermittelte die bekannte Resolution ein. Alle Diskussionsredner, die auf die Resolution Bezug nahmen, waren sich einig darüber, daß der Grundgedanke der Resolution gut gemeint ist und daß sie deshalb angenommen werden solle, wenn auch wenig Aussicht auf Erfolg vorhanden sei. Die Konferenz wußte mit der Resolution ein Gleiches, was der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands seit Ausbruch des Krieges trotz aller Mißerfolge bis heute getan hat; nämlich den Gewerkschaften des feindlichen Auslandes Gelegenheit zu geben, sich zu entscheiden, wie sie sich zu einer internationalen Zusammenkunft stellen.

Alle sonstigen aus der Resolution gezogenen Schlussfolgerungen sind falsch; am allerwenigsten dachte die Konferenz an ein Entgegenkommen auf die Taktik der Fraktionsminderheit. Aber ebenso entschieden müssen wir die Kritik der „Gemüthlichen Volksstimme“, die in ihrer Polemik zwar ganz allgemein, aber immerhin im Zusammenhang mit unserer Resolution von „Gundebumt“ spricht, zurückweisen.

### Von der Parteipresse.

Die Kontrollkommission der „Volkszeitung“ für das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach nahm gegen eine Stimme folgenden grundsätzlichen Beschluß an:

„Die Kontrollkommission hält es für selbstverständlich, daß der politische Teil der „Volkszeitung“ nach wie vor nach den Grundsätzen des Parteiprogramms und nach den Beschlüssen der nationalen und internationalen Kongresse zu regieren ist. Jeder Abweichung von diesen Grundsätzen müßte die Kontrollkommission entgegenreten.“

Die Redaktion wolle dort, wo es ihr möglich ist, diesen Standpunkt herausstellen. Da aber der Belagerungszustand und die Zensur die Herauskehrung dieses grundsätzlichen Standpunktes bei vielen politischen Fragen vielfach erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen, ersucht die Kontrollkommission, daß die Genossen im Großherzogtum darauf Rücksicht nehmen.

Zu den gegenwärtigen Meinungsdivergenzen in der Partei Stellung nehmend, ist die Kontrollkommission der Ansicht, daß eine Propaganda für die Fortsetzung der Politik vom 4. August 1914 nicht mehr gegeben ist. Da aber die Redaktion der „Volkszeitung“ diesen Standpunkt nicht vertreten hat, liegt keine Veranlassung zu einer Verurteilung der Redaktion vor. Hält es jedoch die Redaktion für angebracht, polemisch in den Parteistreit einzugreifen, dann kann es nur nach den Grundsätzen des Parteiprogramms und in nicht-berührender Weise gegen Andersdenkende geschehen.

Die Redaktion der „Volkszeitung“ hat nach wie vor dafür einzutreten, daß trotz aller Meinungsverschiedenheiten die Einheit der Partei gewahrt wird.“

### Adam Dietrich gestorben.

Am 22. Juli ist in Stuttgart Genosse Adam Dietrich im 70. Lebensjahre gestorben. In den Kreisen der älteren Partei- und Gewerkschaftsmitglieder hat der Name des Verstorbenen einen guten Klang. Gehörte er doch zu den Führern der deutschen Gewerkschaften in jenen Zeiten, in denen die deutsche Arbeiterbewegung mit unglücklichen Mühen und Opfern, den behördlichen Verfolgungen zum Trotz, sich ihre Lebensfähigkeit erstritt. Dietrich war in London in der Pfalz geboren. Im Alter von 24 Jahren ließ sich der Buchbindergehilfe 1871 in Stuttgart nieder. Bald fand er mitten in den Kämpfen der Arbeiterschaft. Gemeinsam mit Karl Aloh und Hermann Leiphardt schuf er in kurzer Zeit eine statische Parteiorganisation am Orte. Ebenso trat er in der Buchbinderbewegung hervor. So daß er 1885 Vorsitzender des neugegründeten Buchbinderverbandes wurde, in welcher Stellung er verblieb, bis 1904 der Sitz des Verbandes nach Berlin verlegt wurde. Seit 1893 war er Mitglied der Stuttgarter Gemeindefolge, bis 1896 als Bürgerauschussmitglied, seitdem als Gemeinderat. Seit 1906 gehörte er auch dem Landtage

an. Der württembergischen Landespartei hat er schon unter dem Ausnahmegesetz und später wiederholt als Vorsitzender gute Dienste geleistet. Als Agitator kannten ihn die Genossen des ganzen Landes. Seit 25 Jahren führte er im Ulmer Wahlkreise als Reichstagskandidat den Kampf für die Partei. In Adam Dietrich ist einer der verdienstvollen Parteibeteranen abgerufen worden.

Aus Gewerkschaftskreisen wird zum Tode Dietrichs noch geschrieben: Dietrichs Name ist mit der deutschen Buchbinderbewegung innig verknüpft. Schon auf dem „Ersten deutschen Buchbinderkongress“, der 1873 in Nürnberg tagte, trat Dietrich hervor und wurde bald darauf von seinen Stuttgarter Kollegen zum Vorsitzenden der Kontrollkommission des auf jenem Kongress neugegründeten Buchbinderverbandes gewählt. Als dieser Verband 1878 auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst wurde, war D. einer der ersten, die sich anfangs der 80er Jahre an die Gründung von örtlichen Fachvereinen mit wachsendem Erfolg bemühten. Als aus diesen dann 1885 der Unterstiftungsverband der Verein der Buchbinder usw. entstand, wurde D. zu dessen Vorsitzenden gewählt. Als ihm 1890 die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ mit übertragen wurde, erfolgte seine Anstellung mit einem Gehalt von 1800 Mark, wovon er aber noch die Mitarbeiter der „Buchbinder-Zeitung“ und sein Bureau bezahlen mußte. Dietrich hat mit großem Geschick den Buchbinder-Verband durch die Klippen des Sozialistengesetzes und die Fallstricke der verschiedenen Vereinsgesetze hindurchgeführt, und unter seiner Leitung nahm der Verband einen guten Aufschwung, besonders seit dessen Reorganisation 1893 in einen straffgegliederten Zentralverband, wie er jetzt noch sich darbietet. 1904 beschloß ein Verbandstag die Verlegung des Sitzes des Verbandes von Stuttgart nach Berlin. Dietrich war durch Wunde aller Art an Stuttgart geletzt und konnte sich daher nicht entschließen, mit nach Berlin überzugehen, trotzdem er einstimmig wiedergewählt worden war. In Anerkennung seiner dem Verbands geleisteten Dienste bewilligte ihm der Verbandstag ein lebenslangliches Ehrengehalt von jährlich 2000 M., sodas sein Lebensabend gesichert war. — Die Uebertragung wichtiger Ehrenämter der Partei bewies, wie man auch hier seine Kraft wertgeschätzte. Sein Name und sein Wirken wird daher in der Arbeiterschaft nicht vergessen werden.

## Gerichtszeitung.

### Ein Schöffe als Eidesverweigerer.

Mit einer unerwarteten Verzögerung konnte gestern erst die Sitzung einer Abteilung des Schöffengerichts beginnen. Als der Vorsitzende an die vorgeschriebene Vereidigung der beiden einberufenen Schöffen ging, ergab sich eine Schwierigkeit dadurch, daß der Schöffe Schuhmachermeister Steen die Leistung des Eides verweigerte. Auf Vorhalt erklärte er, daß er evangelischer Christ sei und wisse, daß in der Bibel das Gebot stehe: „Du sollst nicht schwören!“ Der Vorsitzende verwies darauf, daß für ein gerichtliches Verfahren die im Gesetze vorgeschriebenen Bestimmungen befolgt werden müssen — es half aber nichts: Herr St. verblieb dabei, daß er die Eidesleistung ablehnte. Unter diesen Umständen blieb nichts übrig, als in aller Eile einen Erzygmann als Schöffen an Gerichtsstelle zu schaffen. Herr Steen wurde auf Grund des § 56 Ger.-Verf.-Ges. in eine Strafe von 100 M. genommen.

### Landwirtschaftliche Maschine ohne Umkleidung.

Der Landwirt Källs aus der Gegend von Altona hatte eine Dreschmaschine in Betrieb, die vom Hofe aus durch ein Federtriebwerk in Bewegung gesetzt wurde. Die Antriebswelle ging vom Hofraum durch einen Futtergang nach dem Hofe hinaus. Zwischen der Maschine und einer Kammer lag ein etwa anderthalb Meter langer Teil der Welle ohne Bekleidung. Ein 16jähriges Dienstmädchen hatte beim Dreschen das Stroh wegzutragen. Während des Betriebes stellte das Mädchen ihre Felle an die Wand und begab sich zu einem nicht erkennbaren Zwecke in jenen Zwischenraum nach der Kammer zu. Sie wurde von der Welle erfaßt, einigemal herumgeschleudert und mit dem Kopf auf den Boden gestochen. Sie verstarb an den Verletzungen. Der Landwirt Källs wurde vom Landgericht in Altona als der Verurteilungsinstanz wegen fahrlässiger Tötung zu 14 Tagen Gefängnis und außerdem wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Schleswig, vom 12. November 1894, zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Verordnung betrifft die Schutzvorrichtungen an landwirtschaftlichen Maschinen und verlangt für Wellen eine Umkleidung. Das Gericht führte aus: Angeklagter habe den Tod des Mädchens fahrlässig verschuldet, weil er jenen Teil der Antriebswelle nicht mit einer Schutzvorrichtung versehen habe. Eine solche wäre erforderlich gewesen im Interesse des Lebens und der Gesundheit derjenigen Personen, die an die Maschine herantreten konnten. Bei pflichtgemäßer Sorgfalt hätte der Angeklagte auf den Gedanken kommen müssen, daß er die Welle mit einer Schutzhülle versehen mußte. Denn es habe die Gefahr nahegelegen, daß eine Person, die in den Zwischenraum hineintrat, mit der Welle in Berührung kommen konnte. Eine einfache Weiterwand würde genügt haben. Bei einiger Aufmerksamkeit hätte Angeklagter die nachgelagerte Folge einer solchen Gefährdung erkennen müssen. Somit liege fahrlässige Tötung vor. Außerdem sei die erwähnte Polizeiverordnung übertreten worden. Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, daß das Mädchen in dem fraglichen Zwischenraum nichts zu tun hatte. Das Kammergericht verwarf jetzt das Rechtsmittel.

## Aus aller Welt.

Selbstmord eines Berliner Liebespaars. Sonntag früh wurden in der Nähe von Bromberg die Leichen des 42 Jahre alten Arbeiters Otto Stehreif und der 18jährigen Helene Medt angegraben. Es wurde festgestellt, daß beide vor einiger Zeit aus Berlin in Bromberg angekommen sind und wahrscheinlich Selbstmord verübt haben, weil eine eheliche Verbindung zwischen beiden unmöglich war. Da am Donnerstag voriger Woche am Ufer des Kanals die Leiche des Arbeiters sowie die Wertgegenstände des Mädchens aufgefunden worden sind, wird angenommen, daß der Selbstmord der beiden bereits vor diesem Tage erfolgt ist.

Straßenbahnunglück in Altona. Ein folgenschwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntag nachmittag in Altona. In der Allee beim Helenenstift sprang ein Wagen in voller Fahrt in einer scharfen Biegung aus den Schienen und schoß gegen einen Baum, der sofort abgebrochen wurde. Eine 25jährige Frau wurde getötet und 15 andere Personen, die sich im Wagen befanden, verletzt. Sie wurden alle nach dem hiesigen Krankenhaus befördert werden.

# Wichtige Mitteilung! Eine Hausbibliothek gratis!

Verlangen Sie sofort

kostenlos ein Probeheft.

Bezugschein Nr.

auf ein kostenloses Probeheft.

An den Verlag von

„Welt und Wissen“, Berlin-Schöneberg.

Erlaube um kostenloses Zusendung eines Probeheftes.

Name \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Straße od. Poststation \_\_\_\_\_

„Welt und Wissen“ ist eine unterhaltende und belehrende Zeitschrift mit Abbildungen auf dem Gebiete der Naturwissenschaft, Technik, Länder- und Völkerkunde, Geschichte, Kultur, Gesundheitspflege, Hauswirtschaft, Rechtswissenschaft und Abhandlungen der verschiedenen Wissensgebiete verständlich für jedermann. Die Ausstattung ist eine ersteklassige. Die Mitarbeiter sind allererste Fachleute. Jedes Heft enthält bis 20 verschiedene Aufsätze, deren Vielfältigkeit folgende Beispiele kennzeichnen: Die Geschwindigkeit der Gedanken — Die Farben-

photographie — Die Wohnbarkeit der Planeten — Das Leben der Tiefseetiere — Eine Fahrt im Unterseeboot — Erdenalter und Radium — Der Mensch der Pfalzlougeit — Der Wille und dessen Gymnastik — Fernphotographie — Sind Gedanken übertragbar — Die Funkentelegraphie — Der Mensch und die Geislerwelt — Die Entwicklung des Bildungswesens — Stoffstoffgewinnung usw. Außerdem erhält jeder Bezüher von „Welt und Wissen“ eine statliche Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis, und zwar immer nach Bezug

von 52 Heften 3 Werke nach Wahl. Bis jetzt sind erschienen: Illustrierte Himmelskunde — Entdeckungstreffen am Nord- und Südpol — Illustriertes Buch der Technik — Luftschiffahrt und Flugtechnik — Arien, Land und Leute — Der Bau des menschlichen Körpers — Illustrierte Tierkunde — Illustriertes Buch der Chemie — Körper- und Schönheitspflege — Afrika, Land und Leute — Streifzüge im Reich der Physik — Bilder aus dem Leben der Pflanze. — Jedes Heft von „Welt und Wissen“ ist 24 Seiten stark und kostet nur 20 Pf.

# Die Schiffskatastrophe auf der Oberspree.

## 20 Personen ertrunken — 17 gerettet.

Das von uns gestern gemeldete Schiffsunglück auf der Oberspree stellt sich erheblich größer heraus, als man im ersten Augenblick annehmen mochte.

Seit dem gestrigen Morgen waren die Köpenicker und Grünauer Fischer ununterbrochen tätig, die Leichen der bei der Schiffskatastrophe Ertrunkenen zu bergen. In Booten fuhren sie bis zur Unfallstelle, weil man mit Recht annahm, daß unter dem Sonnenfegel der „Anna“ Leichen gefunden werden müßten. Bei dem Zusammenstoß und dem Sinken des Motorbootes hatten sich, wie man vom Ufer aus beobachtet hatte, mehrere Personen an das Sonnenfegel angeklammert und es war anzunehmen, daß die Strömung nicht so stark gewesen sei, um die Leichen wegzuschwemmen. Mit langen Haken bewaffnet suchten die Fischer im Laufe des gestrigen Vormittags den Grund der Dahme ab und es gelang bis gegen 11 Uhr vormittags

20 Ertrunkene, darunter drei Kinder, herauszuholen, die im großen Saale des Restaurants Schmetterlingshorst aufgebahrt wurden.

### Ueber den Gergang des Unglücks.

Der der Reederei Robiling (nicht Stern) gehörige große, 200 Personen fassende, im Jahre 1914 neu umgebaute Dampfer „Hindenburg“ war am Sonntag nachmittags voll besetzt von der Jannowitzbrücke gegen 3 Uhr nachmittags abgefahren, um seine Tourenfahrt nach der „Berliner Schweiz“ auszuführen. Derselbe endete auf dem Seddinsee bei Gosen. In gemäßigter Fahrt, und polizeilich vorgeschriebener Geschwindigkeit traf der „Hindenburg“ am Sonntag nachmittags gegen 4 Uhr in Grünau ein. Er hatte ungefähr die Höhe des Sporidensmals, welches gegenüber dem Waldrestaurant Schmetterlingshorst errichtet ist, erreicht, als der Kapitän Kammwischer, der neben dem Steuermann stand, bemerkte, daß mit rasender Schnelligkeit ein Motorboot herankam, um noch vor dem Dampfer die Anlegestelle an dem genannten Waldrestaurant zu erreichen. Es war dies das Uebersehboot „Anna“ aus Grünau, dessen Besizer Walz mit diesem Fahrzeug den Dienst eines Fährbootes zwischen Grünau und Schmetterlingshorst verriet.

Als am Sonntag der „Hindenburg“ sich an der oben ange deuteten Stelle befand, kreuzte plötzlich die „Anna“, die etwa 40 Berliner Ausflügler an Bord hatte — es waren dies zumeist Frauen und Kinder — den Kurs des Dampfers, der nur noch etwa 60 Meter von dem kleinen Fahrzeug entfernt war. Kapitän Kammwischer vom „Hindenburg“ gab mehrere Male Signale mit der Glocke, die aber allem Anscheine nach von dem Motorbootsführer Walz nicht beachtet zu werden schienen. Passagiere des „Hindenburg“ sagen aus, sie hätten deutlich gesehen, daß am Steuer der „Anna“ ein ganz junger Mensch gesessen, während der Bootsführer Walz bei den Passagieren herumgegangen sei, um das Fahrgeld zu sammeln. Ist dies tatsächlich der Fall, so liegt ein großes Verschulden und Zu widerhandeln gegen die strompolizeilichen Vorschriften vor. Denn während der Fahrt hat sich der Bootsführer von seinem Platz nicht zu entfernen und erst bei Schluß, das heißt bei der Ankunft an der Anlegestelle ist Zahlung für die Billets zu leisten.

So kam es, daß durch die Unvorsichtigkeit des Bootsführers der Zusammenstoß unvermeidlich wurde. Kapitän Kammwischer tat das einzig richtige, als er das Unheil kommen sah. Er ließ sofort stoppen und versuchte, den Dampfer nach Steuerbord abzu drehen. Aber dieses Manöver gelang leider nicht mehr, denn mit wichtigem Stoß wurde die „Anna“ mißglücklich vom Steben des „Hindenburg“ gerammt und in zwei Teile zerschnitten.

Welche Szenen sich nun abgespielt haben, darüber vermag keiner der auf dem Dampfer befindlichen Personen und auch niemand von den zahlreichen Zuschauern am Ufer Auskunft zu geben. Die Panik muß ganz ungeheuerlich groß gewesen sein. Auf dem Dampfer brach alles in lautes Schreien und Jammern aus, während aus den Klüften gellende Hilferufe der mit dem Tode ringenden Menschen ertönten. In der nächsten Umgebung des Dampfers, der stoppend dahin fuhr, sammelten Menschen, die sich auf den Trümmern des Motorbootes über Wasser zu halten suchten. Nun ließ der Kapitän des Dampfers sofort Rettungsringe herabwerfen, und es gelang vielen Verunglückten, sich daran festzuhalten. Es stellte sich nunmehr heraus, daß das Stoppmanöver des Dampfers das einzige Richtige war, das unter solchen Umständen von dem Kapitän getan werden konnte. Wäre er rückwärts gefahren, so hätte die Schraube des Dampfers die mit den Wellen ringenden verlegen können. Unterdessen waren auch

### Rettungsversuche

vom Ufer aus unternommen worden. In dem Restaurant Schmetterlingshorst ist ein Erholungsheim des Infanterie-Regiments 262 aus Köpenick untergebracht. Viele der gesunden Soldaten, die das Unglück mit angesehen hatten, warfen sich nun ins Wasser und schwammen oder ruderten in kleinen Booten zur Unfallstelle, und es gelang ihnen, eine ganze Anzahl der Schiffbrüchigen an Land zu bringen. Vom Restaurant aus waren inzwischen alle Ärzte in Köpenick und Grünau telephonisch herbeigerufen worden und waren bald zur Stelle. Bei vier Personen, die nur noch schwache Lebenszeichen von sich gaben, wurden Sauerstoffapparate angewendet und es gelang auch in der Tat, sie ins Leben zurückzurufen. Auch die Polizei von Köpenick war bald zur Stelle, um über die Größe des Unglücks und die Schuldfrage Erhebungen anzustellen. Eine genaue Feststellung war jedoch am Sonntag nicht mehr möglich, da ein Teil der Geretteten sich sofort entfernt hatte. Der Bootsführer Walz und sein Sohn, der am Steuer gesessen hatte, sind ertrunken. Erst im Laufe des Montag konnte über die Anzahl der ums Leben gekommenen Personen näheres festgestellt werden. Dem Führer des „Hindenburg“, Kapitän Gottlieb Kammwischer, wird von der Reederei Robiling, in deren Diensten er seit länger als zehn Jahren steht, das Zeugnis eines außerordentlich tüchtigen und zuverlässigen Schiffsführers gegeben. Er ist zwar erst seit Mitte Juli 1914 Kapitän des Dampfers „Hindenburg“, nachdem er zu dieser Zeit das amtliche Schiffsführerzeugnis erlangt hatte, doch hat er schon lange Zeit vorher denselben Dampfer geführt und mit ihm ungezählte Male die Strecke Berlin—Seddinsee zurückgelegt, war also mit der Fahrstrecke sehr genau vertraut und durch seine Erfahrungen ohnehin zu besonderer Vorsicht gegenüber den Fährmotorbooten bei Grünau veranlaßt worden.

### Schilderung eines Augenzengen.

In der „Deutschen Tageszeitung“ schildert ein Augenzeuge den Vorfall folgendermaßen: „Ich stand auf einer der vor springenden Landzungen unterhalb des Gartenlokals Schmetterlingshorst und beobachtete gerade den Dampfer „Hindenburg“, der, voll besetzt, mit einer Musikkapelle an

Vord, spreaufwärts dampfte. Plötzlich schnellte dicht vor dem Bug des Dampfers eines jener Motorfahrboote, wie sie die Oberspree zahlreich überlegen, hervor. Ein erschütternder Aufschrei vom Wasser herüber. Der Dampfer hatte das Boot hinterschiffs an der Vordbordseite erfasst. Ein leichtes Splittern war zu hören, dann wurde es still. Die zahlreichen Fahrgäste der Fährre rangen mit den Wellen. Das Motorboot sank nach dem Zusammenstoß augenblicklich, noch ehe der Dampfer „Hindenburg“ mit seiner ganzen Länge an dem Boot vorbeigekommen war. Nur der Bug ragte noch einige Zeit aus dem Wasser hervor. Auf ihn hatten sich mehrere Personen gerettet, darunter ein junges Mädchen im weißen Kleide, die die Arme hilfesuchend nach vorüber fahrenden Booten ausstreckten. Ich sah vom Ufer aus, wie die des Schwimmens Unkundigen einer nach dem andern in den Wellen versanken. Von allen Seiten eilten sofort Boote herbei, leider aber für viele, die bereits untergegangen waren, doch zu spät. Da das Unglücksboot voll besetzt war, dürften mehrere Fahrgäste im Hinter-



Zum Bootsunglück bei Grünau.

schiff schon bei dem Zusammenstoß schwere Verletzungen erlitten haben. Das Boot wurde unmittelbar vor dem Heck förmlich durchschnitten.

Besonders um die Rettung verdient machte sich der Woltersdorfer Schleppdampfer „Hansa“, der sofort zur Unfallstelle eilte, während das Verhalten des Dampfers „Hindenburg“ die am Ufer stehenden zur Untätigkeit verurteilten eigenartig berührte. Der „Hindenburg“ kam etwa 200 Meter hinter der Unfallstelle zum Stoppen. Er blieb dann ruhig liegen und machte nicht den Versuch zur Rettung, obwohl er, wenn gleich er über kein Boot verfügte (soweit scheinen die wasserpolizeilichen Vorschriften noch nicht zu sein), dazu Gelegenheit gehabt hätte, sei es auch nur mit Hilfe von Stangen oder der an Bord befindlichen Rettungsringe und Schwimmwesten. Wie ich aber sah, machte man sich wohl an den Rettungsringen zu schaffen; sie schienen aber fest gebunden zu sein. Der Dampfer hätte sehr wohl langsam die Unfallstelle von rückwärts anfeuern und sicher einigen Menschen das Leben retten oder das Rettungswerk doch erleichtern können.

Die Schuld an dem Unglück soll den Steuermann der Motorfährre treffen, der den Dampfer überholen wollte. Zwei Sekunden später wäre er auch glücklich vorbei gewesen.“

### Passagiere über die Schuldfrage.

Die Schuld an dem Zusammenstoß trifft, wie jetzt durch Zeugenaussagen festgestellt wird, allein den Führer des Motorbootes „Anna“. Einer der geretteten Passagiere, ein Fräulein Schwertens aus Reuköln, gab heute auf dem Bureau der Reederei Robiling folgende Aussage zu Protokoll: „Wir Fahrgäste der „Anna“ saßen schon in einer Entfernung von 100 Meter den herankommenden Dampfer „Hindenburg“ und machten den Schiffsführer Walz darauf aufmerksam. Bald darauf hörten wir die fortgesetzten Warnungssignale des „Hindenburg“ und riefen Herrn Walz zu, er möge doch stoppen. Herr Walz hörte aber nicht darauf, sondern fuhr in gerader Richtung auf das Ufer zu, ohne einen Blick auf den Dampfer zu tun. Der Bootsführer stand neben seinem 15- bis 16-jährigen Sohn, der am Steuer saß.“ Eine weitere wichtige Bemerkung machte eine Frau Edert aus Grünau. Sie hatte am Freitag beobachtet, daß es an jenem Tage fast an derselben Stelle zu einem Zusammenstoß zwischen dem gestern verunglückten Motorboot „Anna“ und einem großen Dampfer, dessen Name bisher noch nicht ermittelt werden konnte, gekommen wäre. Auch in diesem Falle wollte der Motorbootsführer durchaus noch vor dem Dampfer vorbeiziehen, und nur durch den Umstand, daß der Kapitän des Dampfers sein Fahrzeug im letzten Augenblick stoppte, wurde ein Unglück vermieden und die „Anna“ kam kaum zwei Meter vor dem Bug des großen Dampfers vorbei.

### Schilderung des Schiffsführers.

Der Schiffsführer der „Hindenburg“ gibt folgende Darstellung: „Es war um 4 Uhr nachmittags, mein Dampfer hatte 250 Fahrgäste an Bord. Wir befanden uns auf der Fahrt von der Jannowitzbrücke nach der Berliner Schweiz. In Grünau — die Wasserschleife war nur wenig besetzt, nur einige kleine Boote befanden sich in der Nähe — kreuzte plötzlich ein Motorboot, das an dieser Stelle die Ueberfahrt zu vermitteln pflegt, meinen Kurs. Ich sah das Boot etwa auf eine Entfernung von 60 Meter und war sofort der Ansicht, daß Unheil drohe. Da es mir schien, als ob der Bootsführer noch vor mir über meinen Kurs zu gelangen suchte, gab ich mehrere Male das Signal mit der Glocke, das aber nicht beachtet wurde. Als ich sah, daß der Zusammenstoß unvermeidlich war, stoppte ich und suchte den „Hindenburg“ nach Steuerbord abzu drehen. Das Manöver gelang aber nicht mehr. Das Schiff wurde etwa mittschiffs vom Steben des „Hindenburg“ gerammt und in zwei Teile zerschnitten. In der nächsten Minute sah man eine Anzahl Menschen hilflos in dem Wasser treiben. Mein Bootsmann, der neben mir gestanden und dem Bootsführer im letzten Augenblick noch eine Warnung zugerufen hatte, stürzte nach hinten und warf Rettungsringe ins Wasser. Ich konnte von den nun folgenden Vorgängen nicht viel

mehr beobachten, da der „Hindenburg“ noch ein Stück ohne Dampf weiterfuhr. Rückwärts fahren durfte ich nicht, da sonst die Schraube meines Dampfers die mit den Wellen ringenden Menschen verlegt hätte. Es haben sich bei mir bald nach dem Vorfall eine ganze Reihe von Zeugen gemeldet, die mir bestätigten, daß den Motorbootsführer die Schuld trifft.

Vereis vor vierzehn Tagen hatte ich an derselben Stelle ein Erlebnis, das noch glimpflich abließ, aber ebenfalls sehr schlimm hätte enden können. Auch damals kreuzte ein Motorboot meinen Kurs; es gelang mir aber im allerletzten Augenblick, meinen Dampfer so weit nach rechts abzubiegen, daß sich die Fahrzeuge nur schrammten.“

### Die Liste der Ertrunkenen.

Bei dem Schiffsunglück bei Grünau sind, wie jetzt festgestellt folgende Personen ums Leben gekommen: 1. Student Lingelt, Berlin, Hessische Str. 12, 2. Student Schmidt, Hessische Str. 12, 3. Frida Woch, Berlin, Kl. Auguststr. 11a, 4. Alfred Matzke, Berlin, Müncheberger Str. 16, 5. Arno Bernow, Frankfurter Allee 386, 6. Auguste Kschewski, Tempelhof, Dorffr. 44, 7. Minna Wittstock, Weihensee, Straßburgstraße 20, 8. Wilhelm Willmann, Berlin, Müllenhoffstr. 9, 9. Eise Markgraf, Oberschöneweide, Deußstraße 20, 10. der Führer des Motorbootes „Anna“ Wilhelm Walz aus der Köpenicker Straße 112 in Grünau, 11. sein Sohn Walter Walz, 12. Willi Wartisch aus Baumkulentweg, 13. Reinhold Wonneberger, Lichtenberg, Niederbarnimer Str. 26, 14. Bernhard Waier, 15. Kurt Waier, 16. Emma Waier. Diese letzteren drei sind Geschwister und wohnten in der Watzstr. 28 in Oberschöneweide. Weitere vier Leichen, deren Persönlichkeit aber noch nicht festgestellt werden konnte, wurden im Laufe des gestrigen Nachmittags noch geborgen.

Die Leichen wurden zunächst nach der Regelbahn in Schmetterlingshorst gebracht und wurden gestern durch Leichenkutschern nach Köpenick geschafft. Dort werden sie in der Leichenhalle aufgestellt, damit die Angehörigen sie dort rekonoszieren können. Ob mit dieser Zahl der Ertrunkenen die graufige Totenliste geschlossen ist, steht noch nicht fest, doch nimmt man dies an. Die Suche nach Toten an der Unfallstelle ist vorläufig eingestellt worden.

### Die Geretteten.

Nach den bisherigen Feststellungen sind im ganzen 17 Personen gerettet worden:

Arbeiter Walter Schröder, Reuköln, Kopffr. 34, Arbeiter Otto Haack, Reuköln, Thomasstr. 35b, Diener Hans Stenzel, Berlin, Alexandrinenstr. 32b, Arbeitsbursche Wilhelm Wöddike, Berlin, Am Ostbahnhof 16, Schlosser Alfred Kinzel, Oberschöneweide, Eisenstr. 20, Student August Willen, Berlin, Philippstr. 6, Student Fr. Schrage, Karlstraße, Kgl. Veterinärakademie, Fel. Grete Stenzel, Berlin, Alexandrinenstr. 32b, Schmied Wilhelm Tiedle, Berlin, Auglerstr. 102, Frä. Elisabeth Schwertens, Reuköln, Kaiser-Friedrich-Str. 98, Gustav Wittstock, Weihensee, Straßburgstr. 20, Emilie Willmann, Berlin, Müllenhoffstraße 9, Lotte Wonneberger, Lichtenberg, Niederbarnimer Str. 26, Anna Waier, Oberschöneweide, Watzstr. 28, Eise Pape, Berlin, Neher Str. 36, Olga Kohn, Berlin, Charlottenstr. 80, Eise Fuhs, Grünau, Friedrichstr. 1.

Wie aus dieser Liste hervorgeht, haben Ehemänner die Ehefrau und umgekehrt die Ehefrau den Mann verloren. Besonders hart ist Frau Waier betroffen, die ihre drei Kinder verloren hat.

### Amliche Darstellung.

Amlich wird gemeldet: „Köpenick, 24. Juli 1916. (W. T. W.) Gegen 3 1/2 Uhr nachmittags fuhr der Fährmann Walz mit seinem Fährboot „Anna“, das 45 Personen aufnehmen kann, nach dem gegenüberliegenden Köpenicker Ufer. Die Zahl der Fahrgäste hat nicht genau festgestellt werden können, da die Ausgänge des Fährpersonals von einander erheblich abwichen. Nach Aussage einzelner Fahrgäste soll der Fährmann Walz mit dem Einkassieren des Fahrgeldes beschäftigt gewesen sein, während sein etwa 16-jähriger Sohn am Steuer stand. Inzwischen langte der Personendampfer „Hindenburg“ von Berlin aufwärts nach der sogenannten Berliner Schweiz am Seddinsee an der Stromstelle an, wo das Fährboot überseht. Der Schiffsführer vom „Hindenburg“ behauptet, daß er das Fährboot erst in einer Entfernung von 70—80 Meter bemerkt und durch zweimaliges Klingeln das Fährboot zu veranlassen gesucht habe, seinen Kurs zu ändern. Als er sah, daß das Fährboot auf den Dampfer zu fuhr, stoppte er, doch der Gang des Schiffes war so stark, daß es auf das Fährboot auf fuhr und es zum Sinken brachte. Der Dampfer traf das Boot etwa in der Mitte, wo das Steuer sich befindet. Es wird angenommen, daß beim Zusammenstoß der Fährmann Walz sowie sein Sohn getroffen wurden. Beide sind ertrunken.

Nach dem Zusammenstoß eilten zahlreiche Ruder- und Segelboote herbei, von denen insgesamt 16 Personen gerettet wurden. Diese wurden benachbarten Lazaretten auf Grünauer und Köpenicker Gebiet zugeführt; obwohl verschiedene nur noch schwache Lebenszeichen von sich gaben, konnten alle dem Leben erhalten bleiben, dank der Hilfeleistung durch die Lazarett- und Zivilärzte aus Köpenick und Grünau. Mit dem Herausholen der Ertrunkenen wurde sofort die Köpenicker Fischerinnung beauftragt. Von sechzehn verminkt gemeldeten Personen sind bisher zwei als Leichen geborgen. Es wird jedoch mit einer größeren Zahl von Toten gerechnet.

Das Fahrwasser ist an der Unfallstelle sehr breit, etwa 400 Meter. Der Zusammenstoß erfolgte nicht in der Mitte des Stromes, sondern mehr nach dem rechten Ufer zu, von diesem etwa 100 Meter entfernt, bei klarem Wetter. Das Fährboot hätte ohne großen Zeitverlust den Dampfer vorbeilassen, andererseits leicht rechts ausbiegen und so das Unglück vermeiden können. An der Rettung der verunglückten Bootinsassen will der Kapitän sich nicht beteiligt haben, um nicht die Hilfeleistungen der vielen Boote durch sein großes Fahrzeug zu stören.

## Aus Groß-Berlin.

### Die „Großen“ und die „Kleinen“ auf der Spree.

Aus Anlaß des beklagenswerten Schiffsunfalles bei Grünau wird uns geschrieben:

Daß Unfälle ähnlicher Art, wie der am Sonntag, sich nicht viel öfter ereignen, ist ein wahres Wunder, weil kein Mensch sich um die üblichen Ausweichvorschriften zu kümmern pflegt. Auf Berliner Gewässern gilt einfach das Faustrecht. Zwei gleich große Fahrzeuge sind zwar aus Gründen der eigenen Sicherheit gezwungen, einander zu respektieren, im Verkehr zwischen großen und kleinen Fahrzeugen gilt gemeinhin aber nur eine Regel: Der Große hat das Vorgesicht, der Kleine hat auszuweichen! Gerade in diesen

Zagen brachte eine wasserportliche Zeitschrift eine recht interessante Photographie mit der Unterschrift: „Das Begegnen des Stern dampfers“. Ein Stern dampfer fährt mitten durch das Feld einer Segelregatta und schneidet zwei am Wind liegenden Booten den Kurs ab. Auf See weicht dagegen der Riefendampfer „Imperator“ jedem segelnden Fischerboot aus! Begegnen sich auf der Spree ein Dampfer und ein Motorboot, so verlangt der Dampfer unbedingt, daß ihm das Motorboot ausweiche. Der Motorbootsführer aber wiederum spielt den Dänischen gegenüber jeder Segeljolle, ja er verlangt, daß ihm ein großer segelnder Kutter ausweicht, weil er die Erfahrung gemacht hat, daß die Besitzer dieser Fahrzeuge, und wenn sie hundertmal das Begegnen haben, lieber ihrerseits ausweichen, um nicht neben dem Kerger der Kollision noch die Kosten der Gabelle auf sich zu nehmen. Dampfer und Motorbootsführer würden auch das gleiche von einer segelnden Jolle verlangen, wenn nicht diese die Stärkere wäre. Vor einer Yacht fürchtet man sich nicht, weil bei einer Kollision diese wahrscheinlich am meisten Schaden nimmt, vor einer Jolle nimmt man sich in acht, weil der Zusammenstoß mit einer Last von 200—600 Tonnen wahrscheinlich auch dem größten Passagierdampfer schlecht bekäme. Schreiber dieses fuhr vor einigen Jahren auf dem Dampfer „Anne-Marie“, als diese von Rübegaß kommend in Bellevue anlegen wollte. Von Rahnsdorf her kam in voller Fahrt der große Dampfer „Siegessüß“ über die Müggel. Alle Signale der kleineren „Anne-Marie“, durch welche diese den großen Dampfer darauf aufmerksam machen wollte, blieben unbeachtet und unbeantwortet. Nur durch ein schnelles Manöver konnte die „Anne-Marie“ eine Kollision vermeiden. Auf freiem Wasser hätte der „Siegessüß“ allerdings nach der Lage der Schiffe zu einander Wegerecht gehabt; er durfte auf dasselbe aber doch nicht einem manövrierenden und dies durch Signale kundmachendem Schiffe gegenüber pochen. Aber auf der Spree hat jeder Führer eines größeren Fahrzeuges seine Pflicht getan, wenn er die Glöde anschlagen läßt und auf den Kleinen selbst schimpft oder mit anhört, daß seine Leute das tun.

Die Folge solcher Zustände ist dann ein Unfall, wie der am Sonntag. Der Führer des Motorboots „Anna“ fühlte sich offenbar völlig im Recht und war der Meinung, daß der Dampfer ausweichen müsse. Er sah das andere Schiff an Bord, dieses ihn auf Steuerbord. Auch auf 80 Meter Abstand hätte „Hindenburg“ noch hinter der „Anna“ herumgehen können, wenn er vorschriftsmäßig nach Steuerbord auswich. Aber „Hindenburg“ war ja das große Schiff und „Anna“ das kleine! Also hingelte man auf dem „Hindenburg“, eine für den Führer der „Anna“ ganz unverständliche Handlung, und der Kapitän rief nach der Aussage des Sekretärs Lesser vom Berliner Schillertheater: „Herrgott, der Kerl ist wohl verrückt, er fährt ja direkt auf meinen Dampfer zu!“ Das ist so die bekannte Manier! Herr Kapitän kann wissend hätte, wenn er wegen der Nähe des Ufers oder aus anderen Gründen nicht nach rechts ausweichen konnte oder wollte, dies dem Führer der „Anna“ lieber vorschriftsmäßig durch zwei kurze Töne mit der Dampfpeife mitteilen sollen und dann nach Steuerbord geben. Dann kam wahrscheinlich — wer will in solchen Fällen „sicher“ sagen — die „Anna“ mit Steuerbord der „Hindenburg“ frei.

Auch das Verhalten des „Hindenburg“ nach der Kollision war keineswegs einwandfrei. Man hat er überhaupt gestoppt? Vor oder nach der Kollision? Und warum beteuerte er sich nicht an den Rettungsarbeiten? Der Kapitän gibt vor, er wollte durch die Schrauben niemanden beschädigen. Welche rührende nachträgliche Rücksichtnahme! Dabei war unter den ersten Rettern ein zufällig vorbeifahrender Schleppdampfer. „Hindenburg“ wäre sehr wohl mit Hartnack und einer rückwärts arbeitenden Schraube in kurzer Zeit im Bogen wieder an der Unfallstelle gewesen. Wir wollen keineswegs mit alledem die Schuld allein dem Führer des „Hindenburg“ aufladen. Die Schuldfrage völlig klarzustellen muß eine Aufgabe vorurteilsfreier Prüfung aller Vorgänge und Verhältnisse sein. Es scheint aber doch, daß man etwas reichlich bemüht ist, bereits vor Abschluß dieser Untersuchung alle Schuld dem ums Leben gekommenen alten Führer der „Anna“ aufzubürden. Dagegen muß denn doch protestiert werden.

Was diese Zeilen veranlaßt hat, ist aber nicht das Unglück bei Grünau allein, sondern die Tatsache, daß sich infolge der ungerügten Fahreier auf Berliner Gewässern dasselbe jederzeit wiederholen kann. Man beobachte, um auf eine zweite Gefahrenstelle aufmerksam zu machen, an einem Sonntag abend einmal den Verkehr am Plänterwald zwischen Treptow und Gierhäußen. Von allen heimkehrenden Booten fällt es auch nicht einem einzigen ein, den Strom auf verkehrenden die Uferseite freizugeben. Die großen Achter der Rudervereine, kleine Dampfer, Motorboote usw. halten geruhig das Fahrwasser am linken Ufer, das ihnen gar nicht zukommt und fahren rücksichtslos in das harmlose und ihnen ungefährliche Volk der Mietsboote hinein. Auch hier herrscht das Recht des Stärkeren!

Damit sollte einmal energisch aufgeräumt werden. Dampfer und Motorboote hoben sich gleichwertig zu behandeln. Sonst müßte ja ein großes Lastmotorfahrzeug der kleinen Dampfjacht ausweichen! Dampfer und Motorboote haben ihrerseits Seglern und Schleppzügen auszuweichen, den Seglern außerdem auch die Ruderboote. Die Ruderer werden gut tun, das Fahrwasser der Großschiffahrt zu meiden. — Aber Ordnung muß herrschen, wenn Unfälle vermieden werden sollen. Nicht das Faustrecht!

### Die Erhöhung der Straßenbahntarife.

Nachdem der Verbandsdirektor Steiniger die nötige Vorarbeit für die Erhöhung der Straßenbahntarife in seiner Denkschrift geleistet hat, hat nun auch die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn ihre Anträge auf Verteuerung des Verkehrs eingereicht. Sie hat das in einem am 20. Juli an den Zentralverband gerichteten Antrage getan. In diesem Antrage legt die Direktion die gesamte Lage des Unternehmens eingehend dar, um zu folgendem Schlusse zu kommen:

„Der einzig gangbare Weg zur Gesundung des Unternehmens ist die Erhöhung des Tarifs. Wir haben die Einführung eines Einheitstarifs für 18 Pf. bei Entnahme von Fahrkartenbündeln und von 15 Pf. für Einzelfahrkarte beantragt; die Zeitkarten sollen um 25 Proz. erhöht werden, während den Bedürfnissen der arbeitenden Klasse durch Verbilligung der bestehenden Sätze für Arbeiterwochenkarten Rechnung getragen werden soll. Daneben beabsichtigen wir, Umsteigefahrkarte für 20 Pf. auszugeben.“

Wenn wir unseren früheren Antrag auf Einführung eines Zeitsprentarifs fallen lassen, so liegt der Grund darin, daß ein solcher angeht wider alles Erwarten weiter getragenen Löhne und Materialpreise unzureichend sein würde. Ein Zeitsprentarifs würde nach der heutigen Entwicklung der Dinge nur dann genügen, wenn die unterste Zone so kurz bemessen wäre,

daß sie nur in den verschwindendsten Ausnahmefällen benutzt werden könnte. Es würden also die Betriebschwierigkeiten des Zeitsprentarifs ohne seine Vorgänge erreicht werden, während die großen Bequemlichkeiten des Einheitstarifs für das Publikum auf der Hand liegen.

Gegenüber dem Vortwurf, daß wir durch den erhöhten Einheitstarif eine enorme Verteuerung unserer Aktionäre herbeiführen wollen, betonen wir wiederholt, daß wir nichts weiter erstreben als eine wirtschaftliche Lage, die es ermöglicht, das zum Ausbau weiterer Bahnstrecken und zur Beschaffung neuer Wagen erforderliche Kapital heranzuziehen, eine Lage, wie sie etwa vor dem Kriege bestand.

Es ist verständlich, wenn die Direktion ihre Anträge auch mit dem Hinweis auf die Aktionäre begründet. Unverständlich aber ist es, wie der Verbandsdirektor durch seine Denkschrift den Aktionären dienen kann. Für uns kommen in erster Linie die allgemeinen Verkehrsinteressen und die des fahrenden Publikums in Frage. Und diese Interessenten widerstreben einer Verteuerung des Verkehrs aufs allerentschiedenste.

Die von den Berliner Verkehrsanstalten geplante Preiserhöhung beschäftigte gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reiche den vom Verbandsauschuß des Verbandes Groß-Berlin gewählten Unterausschuß. Nach einer sehr eingehenden, fast vierstündigen Beratung, und nachdem mehrere Verkehrsingenieur eingehende Angaben gemacht hatten, wurde beschlossen, die Weiterberatung auf 6—8 Wochen zu vertagen. Inzwischen soll neueres Material gesammelt und dem Unterausschuß vorgelegt werden.

### Seife auf Brotkarte.

Es wird darauf hingewiesen, daß die für die laufende Woche geltende Brotkarte zum Bezug von Seife berechtigt. Ebenso gibt die auf den 25. Juli ausgestellte Tagesbrotkarte das Anrecht auf Bezug von Seife.

**Arbeiterbildungsschule.** Die nächste naturwissenschaftliche Wanderung wird Sonntag, den 30. Juli, veranstaltet. Sie wird über den Grimnigsee, Joachimsthal, den Werbellinsee und Zerpenschleuse führen.

**Abfahrt:** 5.48 Uhr morgens vom Stettiner Bahnhof ab nach Eberswalde, dort umsteigen bis Alt-Süttenhof.

**Treffpunkt:** Bahnhof Alt-Süttenhof, außerhalb der Bahnstrecke.

Fahrtgeld insgesamt 2,75 M. — Wegelänge 35 Kilometer. Proviant für den ganzen Tag ist mitzubringen. Der Ausflug findet bei jedem Wetter statt.

**Teilnehmerkarten zu 30 Pf.** sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses (Jugendsekretariat), Lindenstr. 3, sowie in den Bureaus des 4. und 6. Wahlvereins.

Da am 31. Juli sich zum zweiten Male der Tag jährt, an dem Jean Jaurès ermordet wurde, wird am Donnerstag, den 27. Juli, der wissenschaftliche Einzelvortrag dem Gedächtnis dieses großen französischen Sozialisten gewidmet sein. Und zwar wird Genosse Karl Kautsky über die Persönlichkeit und das Wirken von Jean Jaurès sprechen.

Der Vortrag findet Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, IV. Hof rechts 3 Tr., statt. Eintrittspreis 10 Pf.

Zwei Gewitter entluden sich am gestrigen Montag über Berlin. Das am Nachmittag heranziehende Gewitter übertraf an Schwere das am Vormittag. An Wasser fehlte es uns gestern nicht. Das hätten wir im Vorjahre eher gebrauchen können.

Eine schreckliche Ueberraschung wurde Sonntag abend der Frau des 49 Jahre alten Kassenboten Waldbogel aus der Carmen-Silva-Straße 6 zuteil. Während eine Tochter verreist war, wollten die Eheleute vorgestern nachmittags Verwandte besuchen. Der Mann blieb jedoch, als Frau Waldbogel um 8 1/2 Uhr wegging, zu Hause. Er sagte, daß er müde sei und sich lieber hinlegen wolle. Als die Frau um 10 Uhr abends heimkehrte, fand sie ihn in der Küche tot wieder. Er sah mit dem Schlauch des Gaslochers im Munde auf dem Kohlenkasten. Ein Arzt der nächsten Rettungswache konnte nur noch den Tod feststellen. Waldbogel war durch ein langes Magenleiden nervenkrank geworden und hat wohl in einem plötzlichen heftigen Anfall seinem Leben ein Ende gemacht.

Aus dem Landwehrkanal gesendet wurde Sonntag nachmittags an der Fohrbrechtsbrücke die Leiche des 6 Jahre alten Knaben Franz Benzin aus der Friedenstr. 27 zu Reudn. Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen hat der Kleine am Mittwoch voriger Woche abends am Maybachufer gespielt und ist dabei ins Wasser gefallen und ertrunken.

Gesunden wurde am Sonntag, den 23. Juli, auf der Bürgerwiese im Schillerpark ein Schlafstreck mit zwei Schlüsseln. Dieselben sind abgeholt bei Franz Stala, N. 39, Samsstr. 10, vorn III.

## Aus den Gemeinden.

### Kriegsküche für Massenpeisung in Friedrichshagen.

Die in der letzten Gemeindevertretersitzung beschlossene Kriegsküche wird voraussichtlich Donnerstag, den 27. Juli, eröffnet werden. Sie befindet sich in den Räumen des Restaurants „Eisteller“, Friedrichstr. 96/97. Die Ausgabe des Essens erfolgt täglich in der Zeit von 1/2—1/2 Uhr. Sonntags wird kein Essen verabfolgt. Der Preis für 1 Liter beträgt 50 Pf. Es können alle Einwohner davon Gebrauch machen. Für diejenigen, die ihr Essen gleich an Ort und Stelle einnehmen wollen, bietet sich dort Gelegenheit, nur müssen die Betreffenden Ehebede mitbringen, während für Bekümmerte Sorge getragen ist. Die Anmeldung muß umgehend erfolgen, und zwar in der Zeit von 10—1 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags in oben bezeichnetem Lokal. Die Verabfolgung des Essens für die ganze Woche hat am ersten Besuchstage zu erfolgen. Jeder Teilnehmer erhält dann die entsprechenden Tagesmarken. Bei der Markenverabfolgung ist ebenfalls die Fleischkarte mitzubringen, da für die Teilnehmer an der Speisung 3 1/2 Wochenabschnitte abgegeben werden müssen. Für eine nähere Kost ist Sorge getragen.



## Keinen Tropfen Wasser

läßt Dr. Gentner's Del-Wachs-Leberpfl. Nigrin durch das Leber des Schlangens eindringen, bei fortlaufendem Gebrauch. Eine hauchdünne, hochglänzende, durch Wasser und Schnee unzerstörbare Wachsschicht bildet sich auf dem Leber, welche das Eindringen des Wassers verhindert. Nigrin färbt nicht ab.

Sofortige Lieferung auch Dr. Gentner's Schulfett Tranolin und Universal-Tran-Leberfett.

Deerführerplakate.

Fabrikant: Carl Gentner, chem. Fabrik, Göppingen (Württemberg).

## Mitgliederversammlung in Niederschönhausen-Nordend.

In der Versammlung vom 12. Juli machte der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt, daß der frühere Vorsitzende, Genosse Leo Essing, bei den letzten Kämpfen gefallen sei. Die Versammlung ehrt das Andenken in der üblichen Weise. Sodann nahm die Versammlung den Bericht der Gemeindevertretung sowie des Lebensmittelausschusses entgegen. Bei dem Bericht von der Kreis-Konferenz bedauerte sie den Beschluß des Zentralvorstandes, wonach Genosse Welz in Zukunft nicht mehr zu den Vorstandssitzungen zugezogen werden soll und erucht um Aufhebung des Beschlusses. Ferner sprach sie ihr Bedauern über die Abbestellung der Parteikorrespondenz aus und beschloß die weitere Zuwendung für Niederschönhausen.

Die Fortsetzung der Versammlung am 20. Juli nahm den Bericht des Genossen Rieger von der Verbandsgeneralversammlung aus Groß-Berlin entgegen. Nach der Diskussion ging in vorgerückter Stunde um 1/2 1 Uhr, nachdem verschiedene Genossen das Lokal verlassen, ein Antrag ein, welcher sich mit der Haltung der Fraktionsmehrheit einverstanden erklärte. Dieser Antrag fand mit 16 gegen 13 Stimmen Annahme.

## Parteiveranstaltungen.

### Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Wir werden um Veröffentlichung folgender Mitteilung gebeten:

Nachdem in der am 23. Juli 1916 unter der Leitung des geschäftsführenden Ausschusses von Groß-Berlin tagenden Kreis-Generalversammlung der Vorstand des Kreises endgültig gewählt worden ist, bitten wir, alle Zusendungen an den geschäftsführenden Stellvertreter des 1. Vorsitzenden

Genossen Paul Grassel, Niederschöneweide, Rudower Str. 14, II,

zu senden. Alle Kassengeschäfte des Kreises sind mit dem Kassierer

Genossen Max Freigang, Treptow, Graefstr. 24, IV,

zu erledigen. Gleichzeitig werden alle Funktionäre des Kreises sowie die Vorsitzenden und Kassierer der Ortswahlvereine gebeten, dem Unterzeichneten ihre genaue Adresse zu übermitteln.

Für die Kreisfunktionäre findet heute, Dienstag, den 25. Juli, abends 1/2 9 Uhr, in den Räumen der Arbeiterbildungsschule eine Sitzung des gesamten Vorstandes statt. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

J. A.: Paul Grassel.

Ferner werden wir um Aufnahme der nachstehenden Zuschrift ersucht:

### An die Mitglieder des Sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Verte Genossen und Genossinnen!

Am Sonntag, den 23. Juli 1916, tagte eine Versammlung, die vom Bezirksvorstand Groß-Berlin einberufen wurde und sich die Kompetenzen einer Generalversammlung annahm. Der Bezirksvorstand hatte zur Einberufung dieser Versammlung von uns keinen Auftrag und auch nicht unser Einverständnis erhalten.

Die Beschlüsse, welche diese Versammlung gefaßt hat, sind für die Mitglieder des Kreiswahlvereins nicht verbindlich.

Der Parteivorstand entschied am 4. Juli d. J., daß der alte Kreisvorstand zu Recht besteht und die Beschlüsse der Sonderveranstaltung am 18. Juni keine Rechtswirksamkeit für die Mitglieder der Kreisorganisation besitzen.

Auch die Versammlung am 23. Juli konnte keine Beschlüsse fassen, die für die Kreisgenossen irgendwelche Rechtsverbindlichkeit haben. Denn nach der Entscheidung des Parteivorstandes vom 4. Juli und nach dem Statut des Kreises hat nur der Kreisvorstand das Recht, Generalversammlungen einzuberufen; er ist hierzu das einzig legitimierte Organ.

Der Bezirksvorstand und die Sonderveranstaltungen am 18. Juni und am 23. Juli haben gegen das Statut und die Entscheidung des Parteivorstandes groblich verstoßen.

Allen Mitgliedern unseres Kreises, die auf dem Boden der alten Organisation stehen, werden wir Gelegenheit geben, ihre Beiträge an sie nach wie vor abzuführen und ihre Mitgliedschaft in der Partei aufrecht zu erhalten.

In den nächsten Tagen werden wir darüber näheres bekannt geben.

Am Sonntag, den 6. August d. J., findet die von uns einberufene und statutenmäßig zusammengesetzte Generalversammlung statt, in welcher unseren Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, zu den Differenzen im Kreise Stellung zu nehmen. Aufgabe dieser Generalversammlung wird es sein, wieder Ordnung in die Verhältnisse des Kreises zu bringen.

Die Tagesordnung der Kreisgeneralversammlung wird den Ortsvereinen bekannt gemacht, damit den Mitgliedern auch in dieser Beziehung Gelegenheit gegeben ist, hierzu Stellung zu nehmen.

Der Kreisvorstand.

Thurow, Böske, Groger, Pagels, Stieffenhofer, Ewald, Ryndel, Wenzel.

**Wahlverein Köpenick.** Vom Vorstand werden wir um Aufnahme nachstehender Erklärung ersucht: Achtung! Genossen der Dammvorstadt! Der Bezirkskassierer, Genosse Fritz Heibrich, weigert sich, die kassierten Beiträge ordnungsmäßig an den Wahlvereinskassierer abzurechnen. Wir ersuchen daher die Mitglieder, an den Genossen Heibrich und seine Unterkassierer keine Beiträge mehr zu zahlen, bis die in nächster Woche stattfindende Mitgliederversammlung einen neuen Kassierer gewählt hat.

**Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.** Mittwoch, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Köpenicker Str. 62, Mitgliederversammlung. Betrifft die öffentliche Rechnung am 20. August d. J. Jedes Mitglied ist verpflichtet, dort zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag.** Heftlich warm und schwül. Zeitweise heiter, aber veränderlich. Strichweise Gewitterregen.

## Reichel's Magentropfen

(Benedict-Essen) gegen Appetitmangel, vordorbenen Magen, Sodbrennen, Blähungen, Druckgefühl, nervöse Magenschwäche, Uebelkeit, Magenkrampf, wie überhaupt Magenbeschwerden. 80 Pf. echt nur mit „Medico“ u. 2 M. einzig Marke. Wenn in Drogerien nicht erhältlich, durch Otto Reichel, Berlin 48, Eisenbahnstr. 4.

Piano Kauf Büchse, Ebersstr. 90, Zigarrengeschäft. Preisangabe.